

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen des ... Allgemeinen Landtags des Großherzogtums Oldenburg

Staat Oldenburg

Oldenburg, [O.], Nachgewiesen Landtag 1.1849 - 33.1916/19

2. Versammlung 03.11.1909-04.03.1910

[urn:nbn:de:gbv:45:1-151036](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-151036)

Protokolle

über die

Verhandlungen der 2. Versammlung

des

XXXI. Landtags

des

Großherzogtums Oldenburg.



Oldenburg, 1910.

Schulze'sche Hof-Buchdruckerei (R. Schwarz).



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Erste vorläufige Sitzung.

Oldenburg, den 3. November 1909, vormittags 11 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Frhe.

Auf Ersuchen des Geh. Oberfinanzrats Gramberg, der im Namen der Großh. Staatsregierung die Versammlung eröffnete, übernahm der Abg. Frhe als Alterspräsident den Vorsitz. Er berief die Abgg. von Fricken und Schmidt zu Schriftführern und begrüßte die Versammlung. Geh. Oberfinanzrat Gramberg übergab die Wahlakten der beiden neugewählten Abgg. Diers und Sommer. Bei Verlesung des Verzeichnisses der Abgeordneten wurde festgestellt, daß die Abgg. Dörr, Müller und Voß

fehlten. Die vom Alterspräsidenten gemäß § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung zwecks Prüfung der Wahlen vorgenommene Ziehung ergab die Nr. 1. Auf Antrag des Abg. Schröder wurde beschlossen, die Kreise 5 und 5a zusammenzuziehen und die Wahlakten wurden den nach der Geschäftsordnung zuständigen Abteilungen übergeben. Die nächste Sitzung wurde auf $\frac{1}{2}$ 12 Uhr angesetzt und die erste vorläufige Sitzung geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 3. Dezember 1909.

Schröder.

von Fricken.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite vorläufige Sitzung und erste ordentliche Sitzung.

Oldenburg, den 3. November 1909, vormittags 1/2 12 Uhr.

Vorsitzender: Alterspräsident Frye, dann Präsident Schröder.

Der Alterspräsident eröffnete die Sitzung. Es wurde in die Prüfung der Wahlakten eingetreten. Nachdem die Berichterstatter der einzelnen Abteilungen ihre Gutachten abgegeben hatten, wurden beide Wahlen für nicht beanstandet erklärt. Geh. Oberfinanzrat Gramberg teilte der Versammlung mit, daß die Eröffnung des Landtags sofort erfolgen könne.

Darauf kam der Minister Kuhstrat I und eröffnete im Namen Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs die 2. Versammlung des XXXI. Landtags.

Der Alterspräsident brachte sodann ein dreimaliges Hoch auf Se. Kgl. Hoheit den Großherzog aus, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Zum Präsidenten wurde der Abg. Schröder mit 40 Stimmen gewählt, ein Stimmzettel war weiß, zum Vizepräsidenten wurde der Abg. Tanzen mit 38 Stimmen gewählt, 2 Stimmen fielen auf den Abg. Wilken, ein Zettel war weiß.

Zu Schriftführern wurden gewählt die Abgg. von Fricke, Dörr und Hergenz.

Der Landtag erklärte sodann beide Wahlen für gültig. Hierauf erfolgte die Vereidigung der beiden neuzutretenden Mitglieder.

Sodann trat der alte Geschäftsverteilungsausschuß zusammen und schlug nach kurzer Beratung vor, die alten 3 Ausschüsse wieder zu konstituieren. Der Landtag beschloß demgemäß; die neugewählten Abgeordneten traten an die Stelle der ausgeschiedenen. Danach wurde beschlossen, die eingegangenen Vorlagen wie folgt zu verteilen: die Vorlagen 1, 2, 6, 12, 16, 24, 25 und 26 dem Verwaltungsausschuß, die Vorlagen 3, 5, 8, 9, 11, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 dem Finanzausschuß, die Vorlagen 7, 23 und 27 dem Eisenbahnausschuß, die Vorlage 10 dem Plenum.

Auf Antrag wurde beschlossen, daß die Wahl des Präsidiums für die Dauer der Session gelten solle, und daß die Verhandlungen des Landtags von Stenographen aufgenommen werden sollen, ebenfalls wird der Präsident beauftragt Se. Kgl. Hoheit den Großherzog zu begrüßen.

Die nächste Sitzung wird schriftlich angezeigt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 2. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 3. Dezember 1909.

Schröder.

von Fricke.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 3. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Schriftführer von Fricke die Protokolle der ersten vorläufigen und der ersten ordentlichen Sitzung. Dieselben wurden festgestellt. Alsdann verlas der Schriftführer Hergens folgende Eingänge:

1. Petition des G. W. Paradies in Schweieraußenbeich, betr. Auszahlung einer ihm von der Brandkasse verweigerten Summe von 690 M.
Verwaltungsausschuß.
2. Petition des Gutsbesizers Julius Müller in Nutzhorn, betr. Maßnahmen zur Verhütung der Brandgefahr beim Eisenbahnbetrieb an der in seinem Gehölze belegenen Strecke der Großherzoglich Oldenburgischen Eisenbahn.
Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Vorstandes des Verbandes der Grenz- und Steueraufseher in Brake, betr. Erhöhung ihrer von der Regierung aufgestellten Gehaltsätze.
Finanzausschuß.
4. Petition der kath. Lehrerinnen des Herzogtums, betr. Gleichstellung mit den Nebenlehrern in Betreff der Alterszulagen und Berechnung der Dienstjahre der älteren Lehrerinnen bei Bemessung der Alterszulagen.
Verwaltungsausschuß.
5. Petition des Zeichenlehrers Reinhold Lange in Wechta,

betr. Regulierung seiner Ranges- und Gehaltsverhältnisse.

Finanzausschuß.

6. Petition der Witwe Grotelüschen in Delmenhorst, betr. Pensionserhöhung und Bewilligung von Waissengeldern.
Finanzausschuß.
7. Petition des Oldenburgischen Landeslehrervereins hiers. zu der Vorlage, betr. das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Verwaltungsausschuß.
8. Petition des kath. Pfarramts hiers., betr. die kath. Seelsorge an der Gefängnisanstalt Oldenburg.
Finanzausschuß.
9. Petition der Hebammen des Amtes Barel, betr. gesetzliche Festlegung einer Rente für den Alters- und Invaliditätsfall.
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Zweigvereins Oldenburg der Vereinigung der mittleren Zollbeamten des Deutschen Reiches, betr. Gehaltsaufbesserung.
Finanzausschuß.
11. Petition des Lehrers Winters in Wahnbeck, betr. Auslegung des Art. 50 § 2 des Zivilstaatsdienergesetzes.
Verwaltungsausschuß.

12. Petition des Wirtevereins für das Fürstentum Lübeck, betr. Wirtschaftsrefognition und Vergnügungssteuer.
Verwaltungsausschuß.
13. Petition des Vorstandes des Oldenburgischen Beamtenvereins zum Besoldungsgesetz für das Großherzogtum.
Finanzausschuß.
14. Petition des Vereins Oldenburger Lehrerinnen zu der Besoldungsvorlage für die Volksschullehrer und Lehrerinnen.
Verwaltungsausschuß.
15. Vorlage 28 der Großh. Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Vereinigung der Gemeinden Herborn und Weigrodt mit der Bürgermeisterei Idar-Land.
Verwaltungsausschuß.
16. Vorlage 29 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld über Aenderung des Gesetzes vom 11. März 1867, betr. die Kultusangelegenheiten der Juden des Fürstentums Birkenfeld.
Verwaltungsausschuß.
17. Vorlage 30 der Großh. Staatsregierung, betr. den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1910.
Finanzausschuß.
18. Mitteilung der Großh. Staatsregierung, betr. die Ernennung von Regierungs-Bevollmächtigten. (Anlage 33).
ad acta generalia.
19. Petition der Amtsboten, Gerichtsboten und Ministerialboten des Herzogtums, betr. Versetzung in eine höhere Gehaltsstufe wie in der neuen Gehaltsvorlage vorgesehen.
Finanzausschuß.
20. Petition der Oldenb. Amtstierärzte, betr. Gleichstellung in Gehalt und Pension mit den Preuß. Kreis- und Kreis-Tierärzten.
Finanzausschuß.
21. Petition des Brinkfiskers Martin Cordes in Hohenböken, betr. beschleunigte Erledigung seiner Entschädigungsansprüche.
Eisenbahnausschuß.
22. Petition des D. Th. Meyer zu Hasbergen, D. Flügger zu Schöhasbergen und F. Plate zu Hemmelskamp, betr. Erlaß von Gerichtsporteln.
Finanzausschuß.
23. Petition des kath. Lehrervereins, betr. das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Verwaltungsausschuß.
24. Petition des Gemeinderats Abbehausen, betr. die Verlegung der Behörden von Ellwürden nach Nordenham.
Finanzausschuß.
25. Petition desselben, betr. Bewilligung einer Entschädigung für den Verlust wegen der Verlegung des Amts und Amtsgerichts Ellwürden nach Nordenham.
Finanzausschuß.
26. Petition des Gemeindevorstandes zu Seefeld, betr. die Verlegung der Behörden von Ellwürden nach Nordenham.
Finanzausschuß.
27. Vorlage 31 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1908.
Finanzausschuß.
28. Petition des Landw. Vereins Carum, betr. die Regulierung der Lager Haase.
Finanzausschuß.
29. Petition des Hebammenvereins für das Fürstentum Lübeck, betr. Gleichstellung der Hebammen des Fürstentums Lübeck mit denen des Herzogtums bezügl. der vom Großh. Staatsministerium gemachten Vorlage, betr. Unterstützung der Hebammen. (Anlage 25.)
Verwaltungsausschuß.
30. Vorlage 32 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld über das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Verwaltungsausschuß.
31. Vorlage 34 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Lübeck betr. desgl.
Verwaltungsausschuß.
32. Petition der Gehülfen der Buchhalterei im Finanzministerium, betr. Aufbesserung ihrer Besoldungsverhältnisse.
Finanzausschuß.
33. Petition des Birkenfelder Landeslehrervereins zu dem Gesetzentwurf, betr. das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Verwaltungsausschuß.
34. Petition des Grafen Galen auf Haus Assen bei Lippborg, Erbkämmerer im Fürstentum Münster, betr. Protest gegen die seitens der Großh. Staatsregierung beabsichtigte Aufhebung der ihm als Chef der Gräfl. Galen'schen Familie zustehenden Patronatsrechte über die Schulen in der Herrlichkeit Dintlage.
Verwaltungsausschuß.
35. Petition der Lehrer des Fürstentums Lübeck zum Gesetzentwurf, betr. das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.
Verwaltungsausschuß.
36. Petition des Pachmeister a. D. Aug. Huster hierf., betr. Doppelrechnung der in außerheimischen Gewässern zugebrachten Marinendienstzeit bei der Pensionierung.
Verwaltungsausschuß.

37. Petition der Wegewärter des Herzogtums, betr. Gleichstellung mit den Holzwärtern (Forstwärtern) in Gehalt und Dienstkleidung.
Finanzausschuß.
38. Vorlage 35 der Großh. Staatsregierung, betr. Zahlung eines Kaufpreises an den Architekten Kupsch in Bremen für einen Teil der Parzelle 100b der Feldmark Woltmershausen zur Errichtung von Kohlenlagerstuppen und Kohlenlagerplätzen.
Eisenbahnausschuß.
39. Vorlage 36 der Großh. Staatsregierung, betr. Einstellung von Einnahmen und Ausgaben in den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1910 zum Bahnbau Varel-Rodenkirchen.
Eisenbahnausschuß.
40. Petition der Rüstinger Lehrer, betr. Aufhebung oder Milderung des § 2 der Lehrerbefoldungsordnung bezgl. der Uebergangsbestimmungen zu diesem Gesetzentwurf.
Verwaltungsausschuß.
41. Vorlage 37 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachweisung über die steuerliche Belastung der Gemeinden des Herzogtums für 1907/08 und der Fürstentümer für 1907.
Finanzausschuß.
42. Vorlage 38 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienkassen für das Finanzjahr 1908.
Finanzausschuß.
43. Vorlage 39 der Großh. Staatsregierung, betr. Landesfaherrechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1906.
Finanzausschuß.
44. Vorlage 40 der Großh. Staatsregierung, betr. den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck.
Finanzausschuß.
45. Petition des Gemeinderats zu Lönningen, betr. die Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das alte Amt Lönningen mit dem Sitz in Lönningen.
Finanzausschuß.
46. Petition des Gerichtsvollziehers Heye in Lönningen um Gehaltsausgleichung.
Finanzausschuß.
47. Vorlage 41 der Großh. Staatsregierung, betr. Voranschlag der Staatsgutskapitalienkasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1910.
Finanzausschuß.
48. Vorlage 42 der Großh. Staatsregierung, betr. Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gewerbegesetz für das Fürstentum Lübeck vom 13. Mai 1864.
Verwaltungsausschuß.
49. Vorlage 43 der Großh. Staatsregierung, betr. Verzeichnis über die in der Zeit vom 1. Oktober 1908 bis dahin 1909 im Bestande des Staats- und Kron-
- guts in den drei Provinzen des Großherzogtums vorgekommenen Veränderungen.
Finanzausschuß.
50. Petition des Vorstandes des Vereins oldenb. Bürgerschullehrer, betr. Gewährung von Reise- und Aufenthaltsgeldern an Lehrer von Gemeindeanstalten.
Finanzausschuß.
51. Eingabe der Witwe Otrelüschen in Delmenhorst, betr. Zusatz zu ihrer Petition vom 1. d. Mts.
Finanzausschuß.
52. Petition des Vereins der Strafanstaltsaufseher in Wechta, betr. Gleichstellung in Gehalt mit den Amtsschließern und Gewährung von einigen Zulagen an ältere Aufseher.
Finanzausschuß.
53. Petition der bürgerlichen Vereine der Gemeinde Bant, betr. Vereinigung der 3 Gemeinden Bant, Heppens und Neuende zu einer Stadtgemeinde Rüstingen II. Klasse.
Verwaltungsausschuß.
54. Petition des Bürgervereins „Gemeinwohl“ Neuende, betr. desgl.
Verwaltungsausschuß.
55. Petition des Landwirts Thöle und Konforten in Langförden, betr. Herstellung einer Rampe auf dem Bahnhofs zu Langförden bei Verlängerung der Ladestraße.
Eisenbahnausschuß.
56. Petition des Vereins der Eisenbahn-Bureau-, Kanzlei- und Stations-Gehülfsen hierf., betr. Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für Bureau-Gehülfsen und Uebernahme der angestellten Gehülfsen in die 3. Klasse des Beamtenstandes.
Eisenbahnausschuß.
57. Vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 15. November d. J.
Finanzausschuß.
58. Vorlage 44 der Großh. Staatsregierung, betr. den Voranschlag des Fürstentums Lübeck für 1910.
Finanzausschuß.
59. Vorlage 46 der Großh. Staatsregierung, betr. Gesetzentwurf für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandergewerbes vom 22. Februar 1898.
Verwaltungsausschuß.
60. Petition der Bezirksvermessungsbeamten hierf., betr. Aenderung der in dem Entwurfe der Befoldungsordnung für sie festgesetzten Höchstgehalts- und Zulagebeträge.
Finanzausschuß.
61. Petition des Eisenbahn-Bureaubeamten-Vereins hierf., betr. Gleichstellung der oldenburg. mittleren Beamten mit den preußischen und Bewilligung einer erhöhten Anzahl Stellen in der 1. und 2. Gehaltsklasse.
Eisenbahnausschuß.

62. Petition der Lehrer aus den Städten Birkenfeld, Idar und Oberstein, betr. Aenderung der Bestimmung über die Einteilung der Schulstellen in I. und II. Klasse und über die persönlichen Zulagen.
Verwaltungsausschuß.
63. Petition des Vorstandes des Vereins der Holzwärter des Herzogtums zum Entwurfe des Besoldungsgesetzes.
Finanzausschuß.
64. Petition von 151 Bürgern der Stadt Heppens, betr. Vereinigung der 3 Gemeinden Heppens, Bant und Neunde zu einer Stadt II. Klasse.
Verwaltungsausschuß.
65. Petition des Landestierarztes vom Fürstentum Birkenfeld, betr. Gleichstellung in Gehalt und Pension mit den an preußischen Regierungen beschäftigten Veterinärbeamten (Departementstierärzten).
Finanzausschuß.
66. Petition der Ortsgruppe des Amtsbezirks Wildeshausen des Verbandes Deutscher Kriegsveteranen, betr. 1. Ehrengabe für Kriegsveteranenvereine und für Inhaber von Kriegsverdienstehrenzeichen, 2. Steuerbefreiung für Kriegsveteranen, die 60 Jahre alt sind und ein Einkommen unter 1500 *M* haben, 3. Gewährung eines Grundstocks für das Kriegsveteranenheim.
Finanzausschuß.
67. Petition des Landestierarztes des Fürstentums Lübeck, betr. die Gehalts-, Pensions- und Rangverhältnisse der Landestierärzte.
Finanzausschuß.
68. Petition des Vorstandes der Privatschule in Schwartau, betr. Gewährung eines staatlichen Zuschusses von jährlich 1000 *M*.
Finanzausschuß.
69. Petition der vier ältesten Sparkassen des Fürstentums Lübeck, betr. Ermächtigung zur Belegung von Mündelgeldern bei den gen. Kassen.
Verwaltungsausschuß.
70. Petition der Bürgervereine der Gemeinde Blexen und des Haus- und Grundbesitzervereins Blexen-Einswarden und Umgegend, betr. Verlegung des Amtes und Amtsgerichtes Butjadingen.
Finanzausschuß.
71. Petition des Vereins Oldenburg des Bundes Deutscher Militäranwärter, betr. Anrechnung eines Teils der Militärdienstzeit auf das Besoldungsalter der aus dem Militäranwärterstande hervorgegangenen oldenb. Staats- und Kommunalbeamten.
Verwaltungsausschuß.
72. Resolution des Hausbesitzervereins Oldenburg zu dem Entwurf eines Gesetzes über die oldenburgische Brandkasse.
Verwaltungsausschuß.
73. Vorlage 47 der Großh. Staatsregierung, betr. die Beteiligung des oldenb. Staates an einer für die Uebernahme der Fähr von Nordenham-Blexen nach dem jenseitigen Weserufer zu gründenden Gesellschaft mit einem Kapital von höchstens 350 000 *M*.
Eisenbahnausschuß.
74. Petition des Bürgervereins vor dem Heiligengeisttor hierf. zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.
Verwaltungsausschuß.
75. Petition des Stadtmagistrats Oldenburg, betr. desgl.
Verwaltungsausschuß.
76. Petition des Amtsschließers Haase in Westerstede, betr. Anstellung als Zivilstaatsdiener bezw. um Aufbesserung seiner Vergütung.
Finanzausschuß.
77. Petition des Vereins der Stations-Vorsteher, Assistenten und Telegraphisten, betr. Schaffung neuer Stellen der 2. Gehaltsklasse des Stationsdienstes und Gleichstellung im Gehalt mit den preußischen Beamten.
Eisenbahnausschuß.
78. Petition des Haus- und Grundbesitzer-Vereins Delmenhorst zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.
Verwaltungsausschuß.
79. Petition des Ziegeleibesitzers Ernst Brumund in Barel und des Fabrikanten Anton Funke das. um Verkauf eines Wegerdestreifens an der Staatschauffee Wardenburg-Ahlhorn.
Finanzausschuß.
80. Petition des Lademeistervereins in Wilhelmshaven, betr. Verbesserung der Stellung und Befoldung der Lademeister.
Eisenbahnausschuß.
81. Schreiben des Stadtmagistrats Nordenham, betr. Verlegung der Behörden von Ellwürden nach Nordenham.
An die Abg. verteilt.
82. Petition der Fachgruppe der Pförtner und Bahnsteigschaffner hierf., betr. Erhöhung des Anfangsgehalts.
Eisenbahnausschuß.
83. Vorlage 48 der Großh. Staatsregierung, betr. Vertrag zwischen der Großh. Hausfideikommiß-Direktion hierf. und dem Magistrat der Stadt Oldenburg, betr. die Wallanlagen und den ehemaligen Festungsgraben.
Finanzausschuß.
84. Petition der Ortseinwohner Pansdorfs, betr. Erschließung der Ostseebäder durch geeignete Bahnverbindungen und Protest gegen die Bahn Schwartzau-Neustadt.
Eisenbahnausschuß.
85. Petition des Stadtmagistrats Cutin, betr. den Bau einer Bahn Neustadt-Lübeck.
Eisenbahnausschuß.
86. Vertrauliche Vorlage der Großh. Staatsregierung vom 29. November d. J.
Finanzausschuß.

87. Petition des Haus- und Grundbesitzervereins Blexen, Einwarden und Umgegend zum Brandfahngesetz. Verwaltungsausschuß.

88. Petition der Gemeinden Land Gutin, Bosau, Siblin, betr. Erschließung der Ostseebäder des Fürstentums Lübeck durch geeignete Bahnverbindung. Eisenbahnausschuß.

89. Petition des landw. Vereins Goldenstedt, betr. Goldenstedter Bahnangelegenheit. Eisenbahnausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen an die betr. Ausschüsse einverstanden.

Vom Präsidenten wurden die Interpellationen der Abgeordneten von Levezow:

Der Großherzoglichen Staatsregierung wird es bekannt sein, daß Interessentenkreise im Freistaat Lübeck und im Kreise Oldenburg darnach streben, eine Bahn von Schwartau nach Neustadt i./H. zu bauen. Diese Bestrebungen haben in weiten Kreisen des Fürstentums Lübeck große Beunruhigung hervorgerufen.

Welche Stellung nimmt das Großherzogl. Staatsministerium zu dieser Frage?

und Lanje:

Ist die Großherzogliche Staatsregierung in der Lage, über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit, betreffend den Bau einer Ueberlandzentrale im Behnermoor, Auskunft geben zu können und hat die Großherzogliche Staatsregierung den Bau und Betrieb derselben für eigene Rechnung schon in Erwägung gezogen?

die selbständigen Anträge der Abgeordneten Driver:

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, noch dieser Versammlung des Landtags einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der katholischen Kirche im Herzogtum das Besteuerungsrecht verliehen wird.

Müller (Nughorn):

Aus Anlaß der vierzigjährigen Wiederkehr der Gedenktage einer großen Zeit beschließt der Landtag: eine entsprechende Summe in den Etat einzustellen, womit den Kriegsveteranen nach Maßgabe und nach Voraussetzung ihrer Bedürftigkeit eine einmalige Beihilfe von 100 bis 150 M als Ehrengabe gewährt wird.

und Haben:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, auf eine Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Wegeordnung Bedacht zu nehmen, dahingehend, daß der gemäß Art. 45 der W.-D. bezweckte Schutz der öffentlichen Wege vor Beschädigung durch ordnungswidrige Benutzung gesichert wird.

dem Hause mitgeteilt und die förmliche Vorbringung und Begründung auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Der Präsident teilt ferner mit, daß der Schriftführer Abg. von Fricken die Correspondenz, der Abg. Dörr die Registratur und der Abg. Hergens die Kasse übernommen haben.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der Einkommensteuer-Schätzungen für das Jahr 1908. (Anlage 14.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Geschäftsbericht der Staatlichen Kreditanstalt. (Anlage 3.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarden).

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Anlage 3 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Witwe des Stationsassistenten Grotelüsch.

Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Petition auf Grund des § 77 der Geschäftsordnung von der Verhandlung ausschließen, wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Verordnungen vom 20. und 21. April 1909 zu den Einkommensteuergesetzen für das Herzogtum und die beiden Fürstentümer aus Anlaß des Doppelsteuergesetzes vom 22. März 1909. (Anlage 4.)

Berichterstatter: Abg. Tappenbeck.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle zu den am 20. und 21. April 1909 auf Grund des Art. 137 Ziff. 2 des Staatsgrundgesetzes erlassenen Verordnungen seine Zustimmung erteilen, wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Staatsgutskapitalienklassen der drei Landesteile des Großherzogtums für das Finanzjahr 1908. (Anlage 38.)

Berichterstatter: Abg. Hug.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Uebernahme einer Haftverbindlichkeit des Landeskulturfonds, um etwaige Ausfälle der Staatlichen Kreditanstalt an Kapital und Zinsen bei Hergebe von Bau- und Meliorationsdarlehen an Kolonisten zu decken. (Anlage 21.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1 und 2 wurden angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Herzogtum Oldenburg für das Jahr 1908. (Anlage 31.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1 und 2 wurden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Ankauf des ehemals Oldmannschen Helgenplatz-Grundstückes. (Anlage 11.)

Berichterstatter: Abg. Funch.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Vorlage ablehnen, wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend Nachweisungen über die Erträge der Staatsforsten des Herzogtums für das Forstbetriebsjahr 1908/09. (Anlage 18.)

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle die Anlage 18 mit Nebenanlagen A—D durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalientasse der Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld für das Finanzjahr 1910. (Anlage 17.)

Berichterstatter: Abg. v. Levezow.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1 und 2 wurden angenommen.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Einnahmen und Ausgaben des Landeskulturfonds für das Finanzjahr 1910. (Anlage 22.)

Berichterstatter: Abg. Feldhus.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle den Antrag der Staatsregierung: „Der Landtag wolle zu dem Voranschlage seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen“ annehmen, wurde angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz für das Herzogtum Oldenburg vom 25. Januar 1900, betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Zu Punkt 12 stellt der Abg. Enneking folgenden Verbesserungsantrag:

Ich beantrage, in dem Gesetzentwurfe die letzten beiden Zeilen zu streichen und folgende Fassung dafür zu nehmen:

„und außerdem 10 $\%$ für das ha landwirtschaftlich genutzten kultivierten Landes zum Bau einer Versuch- und Kontrollstation nebst Kammergebäude.“

Der Abg. Hollmann stellt den Antrag:

Zurückverweisung der Vorlage 1 an den Verwaltungsausschuß.

Der Antrag Hollmann wird angenommen.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Unterstützung der Hebammen. 1. Lesung. (Anlage 25)

Berichterstatter: Abg. Grube.

Die Anträge des Ausschusses Nr. 1, 2, 3, 5 werden angenommen.

Der Antrag Nr. 4 wurde abgelehnt.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen abend 7 Uhr einzureichen.

14. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Mitteilung des Staatsministeriums, die Verteilung der Ueberschüsse der Ersparungskasse betreffend. (Anlage 16.)

Berichterstatter: Abg. Schulz.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle Anlage 16 durch Kenntnisnahme für erledigt erklären, wurde angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Lehrers Winters in Bahndorf, betreffend Auslegung des Art. 50 § 2 des Zivilstaatsdienergesetzes.

Berichterstatter: Abg. Hergens.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Gerichtsvollziehers Heye zu Lönigen um Gehaltserhöhung.

Berichterstatter: Abg. von Fricken.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der vier ältesten Sparcassen des Fürstentums Lübeck.

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, wurde angenommen.

17a. Wahl eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts und dessen Stellvertreter. (Anlage 10.)

Die Mitglieder des Oberverwaltungsgerichts:

Gemeindevorsteher Tangen-Stollhamm, Bankdirektor tom Dieck-Oldenburg I. Stellvertreter, und Zeller Averdarm-Stukenborg, II. Stellvertreter, wurden einstimmig wiedergewählt.

Nach Erledigung des Punktes 17a der Tagesordnung wurde eine Interpellation des Abg. Müller (Ruhhorn):

Ist dem Großherzoglichen Ministerium des Innern bekannt:

I. daß der Vorsitzende der Handelskammer, Herr Geheimer Kommerzienrat Schulze, in der Plenar-

sitzung dieser Kammer am 1. Juli 1909 in Anwesenheit des Regierungsvertreters, Herrn Regierungsrat Tenge, die Kammer aufgefordert hat, einen Verein mit extrem politischen Tendenzen (dem Hansabund) korporativ beizutreten, und daß die Handelskammer — den Zeitungsberichten zufolge — diesem zugestimmt hat, ohne daß der Herr Regierungsvertreter etwaige Bedenken hiergegen zum Ausdruck gebracht hat?

- II. daß die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, gezeichnet: Aug. Schulze, Geheimer Kommerzienrat, sowie Professor Dr. Dursthoff, am 21. Juni 1909 einen öffentlichen Aufruf zum Beitritt in den Hansabund erlassen hat?
- III. daß der Geheime Kommerzienrat Herr Schulze, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Handelskammer, einen Aufruf unterzeichnet hat, der am 26. Januar 1909 in der oldenburgischen Presse veröffentlicht ist und welcher sich inhaltlich in hervorragend heftiger Weise gegen eine bestimmte politische Richtung im Lande wendet und für die liberale bezw. freisinnige Parteipolitik eintritt?
- IV. daß der Geheime Kommerzienrat Herr Schulze ebenfalls in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der

Handelskammer einen Aufruf unterzeichnet hat, der am 3. Oktober 1909 in der oldenburgischen Presse veröffentlicht ist und der zur Gründung einer Ortsgruppe des Hansabundes einladet?

- V. welche finanziellen Mittel bezüglich des Punkt I und II seitens der Handelskammer aufgewendet werden bezw. aufgewendet sind?
- VI. Ist das Großherzogliche Ministerium des Innern, als Aufsichtsbehörde mit der politischen Betätigung der Handelskammer und der des Herrn Geheimen Kommerzienrat Schulze in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einverstanden?
- VII. Im Verneinungsfalle: Welche Maßregeln gedenkt das Großherzogliche Ministerium des Innern zu treffen, um in Zukunft eine derartige außergewöhnliche Betätigung einer Kammer und deren Vorsitzenden zu verhindern?

seitens des Präsidenten verlesen und die förmliche Vorbringung und Begründung auf die nächste Tagesordnung der am 10. Dezember 1909, vorm. 10 Uhr, stattfindenden Plenarsitzung gesetzt.

Der Präsident teilte alsdann noch die Tagesordnung der nächsten Sitzung mit und schloß die Versammlung um 12¹/₂ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 3. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Dezember 1909.

Schröder.

Hergens.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dritte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten wurde zunächst von dem Schriftführer Hergens das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung verlesen. Erinnerungen gegen dasselbe wurden nicht vorgebracht. Der Präsident erklärte das Protokoll für genehmigt. Der Schriftführer v. Fricke verlas die Eingänge:

1. Petition des Veteranenvereins für Severland und Umgebung, betr. Kriegsveteranen.
Finanzausschuß.
2. Petition des Freisinnigen Vereins in Delmenhorst zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition des Gemeindevorstandes und Gemeinderats der Fleckengemeinde Schwartau zum Entwurf eines Stempelgesetzes für das Fürstentum Lübeck.
Finanzausschuß.
4. Petition der Gemeinde Schwartau, des Haus- und Grundbesitzervereins daselbst und des Vereins zur Hebung des Fremdenverkehrs daselbst zum Bahnbau Schwartau—Neustadt.
Eisenbahnausschuß.
5. Petition des Bürgervereins Nordenham zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.
Verwaltungsausschuß.
6. Vorlage 49 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Bahnverbindung von Damme nach Bohmte.
Finanzausschuß.
7. Petitionen der Gemeinderäte der Gemeinden Malente, Siblin, West-Katekau, Gleichendorf, Landgemeinde Cutin und Gniffau zum Entwurfe eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck.
Finanzausschuß.
8. Petition des Gemeinderats der Gemeinde Malente, betr. Aenderung der Gemeindeordnung.
Verwaltungsausschuß.
9. Petition desselben, betr. Einführung des Gesetzes für das Herzogtum vom 15. April 1865 für das Fürstentum Lübeck, betr. Gründung von Gemeinde- resp. Ortsgenossenschaftsparkassen.
Verwaltungsausschuß.
10. Petition des Vereins Concordia in Elsfleth und des Vereins für Handel und Schiffahrt daselbst zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.
Verwaltungsausschuß.
11. Petition des Bürgervereins Neubremen, betr. desgl.
Verwaltungsausschuß.
12. Petitionen der Dorfschaft Hemmelsdorf, der Bewohner der Ostseebäder Scharbeug und Haffkrug,

Timmendorfer Strand, der Dorfschaft Klein Timmendorf und des Bauervogts Ferd. Brede in Süsel, betr. Bahnbau Schwartau—Neustadt.

Eisenbahnausschuß.

13. Petitionen des Bürgervereins Einswarden, der Schulacht Klippkanne und Brate-West und Mitte zum Entwurfe eines Brandkassengesetzes.

Verwaltungsausschuß.

14. Petition des Bürgermeisters Dr. Büsing in Zeven, betr. Anstellung der Beamten der Städte 1. Klasse mit Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung und Gleichstellung ihrer Dienstbezüge mindestens mit denjenigen der Staatsbeamten.

Verwaltungsausschuß.

15. Petition der Dorfschaft Niendorf a. d. Ostsee, betr. Bewilligung eines Beitrags zur Erbauung einer Eisenbahn von Travemünde nach Niendorf.

Finanzausschuß.

16. Petition der Dorfschaft Katekau und des Gemeinderats der Gemeinde Ost-Katekau, betr. Bahnbau Lübeck—Schwartau—Neustadt.

Eisenbahnausschuß.

17. Petition der Geschäftsleute und Landwirte Mariensiel und Umgegend, betr. die Errichtung einer Güterabfertigung bezw. einer Güter-, Ent- und Beladestation in Mariensiel.

Eisenbahnausschuß.

18. Petition des Rechnungsstellers und Rechnungsführers Bernhard Diedrich Oltmanns in Zwischenahn, betr. seine Anstellung als Auktionator mit Wohnsitz in Zwischenahn.

Verwaltungsausschuß.

Sodann verlas der Präsident einen selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff:

Ich beantrage, der Landtag wolle nachstehendem Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum Oldenburg zustimmen.

Der Entwurf lautet:

Im § 2 des Stempelgesetzes vom 12. Mai 1906 werden die Worte

6. Vollmachtserklärungen

durch folgende Worte ersetzt:

6. Prozeßvollmachten, sowie Vollmachten, die zum Gebrauche bei einer Behörde oder einem Beamten des Reichs oder eines Bundesstaats bestimmt sind.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und dem Finanzausschuß zur Beratung zu überweisen.

Der Präsident teilte noch mit, daß der Abg. Dörr bis auf weiteres beurlaubt sei.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Driver, betr. Verleihung des Besteuerungsrechts an die katholische Kirche im Herzogtum.

Berichterstatter: Abg. Driver.

Der Antrag des Ausschusses:

Der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Abg. Driver mit der Abänderung, daß statt der Worte „nach dieser Versammlung“ zu setzen ist „der nächsten Versammlung“

wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg. 1. Lesung. (Anlage 2.)

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 1:

Annahme der §§ 1—16

wurde angenommen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 2:

Annahme des § 17

wurde angenommen.

Zu dem Antrag 3 des Ausschusses wurde folgender Verbesserungsantrag seitens des Regierungsvertreters zum § 19 eingebracht:

Ich beantrage

in § 19, Abs. 2, hinter „dessen Vertreter“ die Klammer „(§ 18b)“ zu streichen.

v. Finckh.

Der Antrag 3 des Ausschusses:

Annahme der §§ 18—57 mit dem vom Regierungsvertreter eingebrachten Verbesserungsantrag zum § 19

wurde angenommen.

Die Anträge 4, 5, 6 des Ausschusses:

Annahme der §§ 58—90

wurden angenommen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 8 wurde zurückgezogen.

Der Verbesserungsantrag des Abg. v. Levekov:

Ich beantrage:

Ablehnung des Antrages 7 und Annahme des § 91 der Anlage 2, Absatz 3 in folgender Fassung: „Zu den Lehrerbefoldungen werden allen Gemeinden, in denen die für die Befoldungen aufzubringenden Umlagen den Betrag von 66²/₃% der Einkommensteuer übersteigen, zur vollen Deckung des überschießenden Betrages Beihilfen gewährt usw. wie im Entwurf.“

wurde in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 18 Stimmen angenommen und dadurch der Antrag 7 des Ausschusses erledigt.

Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwarderworp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Frieden, Gerdes, Griep, Haben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, Lanje, v. Levegow, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Schröder, Schute, Sommer, Tanzen, Westendorf und Wilken; mit nein stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Diers, Dursthoff, Funch, Grube, Heitmann, Hollmann, Hug, Meyer, Mohr, Plate, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels.

Die Anträge des Ausschusses *Nr.* 9, 10, 11, 12 und 13:

Annahme der §§ 92—120 wurden angenommen.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 14:

Ablehnung des Gesetzentwurfes

wurde in namentlicher Abstimmung mit 17 zu 24 Stimmen abgelehnt.

Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Diers, Dursthoff, Funch, Grube, Heitmann, Hollmann, Hug, Meyer, Plate, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels; mit nein stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwarderworp), Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Frieden, Gerdes, Griep, Haben, v. Hammerstein, Henn, Hergens, v. Levegow, Mohr, Müller (Nughorn), Müller (Brake), Schröder, Schute, Sommer, Tanzen, Westendorf, Wilken.

Der Antrag des Ausschusses *Nr.* 15 wurde mit 23 gegen 17 Stimmen angenommen.

3. Beschwerde des Grafen v. Galen auf Haus Affen.

Berichterstatter: Abg. Tanzen.

Der Ausschuß stellt den Antrag:

Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen.

Der Antrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz für das Herzogtum Oldenburg von 25. Januar 1900, betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer. 1. Lesung. (Anlage 1.)

Berichterstatter: Abg. Haben.

Zu den Anträgen 1 und 2 des Ausschusses wurde ein Verbesserungsantrag des Abg. Feldhus:

Zu den Anträgen 1 und 2 stelle ich folgenden Verbesserungsantrag:

Statt der Worte: „zur Deckung der Kosten des Neubaus der Landwirtschaftskammer und der Versuchs- und Kontrollstation“ ist zu setzen:

„zur Deckung der Kosten des Neubaus und Ein-

richtung eines Geschäftshauses der Landwirtschaftskammer und der Versuchs- und Kontrollstation“ eingebracht.

Der Antrag 1 des Ausschusses mit dem Verbesserungsantrag des Abg. Feldhus wurde mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen.

Der Antrag 2 wurde dadurch erledigt.

Anträge zur zweiten Lesung sind innerhalb 30 Minuten einzubringen.

5. Interpellation des Abg. Lanje.

Nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Lanje gab der Minister in längerer Erklärung die Stellungnahme der Regierung kund (siehe Stenogramm). Darauf erfolgte auf Antrag des Abg. Lanje die Besprechung der Interpellation.

6. Interpellation des Abg. Müller (Nughorn).

Nach Begründung der Interpellation durch den Abg. Müller (Nughorn) gab der Minister sofort nachstehende Erklärung ab:

Der Staatsregierung ist bekannt geworden, daß die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg beschloffen hat, dem Vorgehen vieler deutscher Handelskammern zu folgen und korporatives Mitglied des Hansabundes zu werden. Die Aufsichtsbehörde hat bisher keine Veranlassung genommen, sich mit diesem Beschlusse zu beschäftigen, weil die Wirksamkeit des Hansabundes noch nicht genügend übersehen werden kann. Nach den veröffentlichten Erklärungen der führenden Männer will der Bund keine politische Partei sein und keine Parteipolitik betreiben, sondern eine wirtschaftliche Vereinigung zur Förderung der gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie darstellen. Nach Ansicht der Staatsregierung werden wirtschaftspolitische Bestrebungen in dieser Allgemeinheit und in diesem Umfange, die naturgemäß eine lebhaftere Agitation bedingen, richtiger nicht in den Kreis der Aufgaben einer öffentlichrechtlichen Handelskammer, die nicht unerhebliche staatliche Zuschüsse für allgemeine Verwaltungszwecke genießt, gezogen, sondern Privatpersonen oder privaten Vereinigungen überlassen.

Was die in der Interpellation weiter erwähnte, mit dem Hansabund nicht in Verbindung stehende Betätigung des Vorsitzenden der Handelskammer anbelangt, so handelt es sich um eine Privatangelegenheit, die nicht der Beurteilung der Aufsichtsbehörde unterliegt.

Darauf fand auf Antrag die Besprechung der Interpellation statt.

Mit Zustimmung des Landtags wurde die Tagesordnung der 3. Sitzung der 2. Versammlung des XXXI. Landtags unterbrochen und über die Anlage 1, betr.

Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Gesetz für das Herzogtum Oldenburg von 25. Januar 1900, betr. Errichtung einer Landwirtschaftskammer,

in zweiter Lesung verhandelt.

Berichterstatter: Abg. Haben.

Anträge zur zweiten Lesung wurden nicht gestellt und beantragt der Ausschuß:

Der Landtag wolle dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den beschlossenen Abänderungen und im ganzen seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Der Antrag wurde angenommen.

Schluß der Sitzung nachmittags 2¹/₄ Uhr.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag, den 13. Dezember festgesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 4. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 13. Dezember 1909.

Schröder.

Hergens.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierte Sitzung.

Oldenburg, den 13. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung. Der Schriftführer Abg. Hergens verlas das Protokoll der 3. Sitzung, gegen das Einwendungen nicht erhoben wurden. Nachdem sodann die folgenden Eingänge:

1. Petition des Vorstandes der Landgemeinde Ahrenshöft und Bosau zum Entwurfe eines Stempelsteuergesetz für das Fürstentum Lübeck.
Finanzausschuß.
2. Petition der Einwohner von Heidkrug, betr. Errichtung einer Güter-, Eis- und Stückgutsabfertigungsstelle in Heidkrug.
Eisenbahnausschuß.
3. Petition der Hebamme a. D. Allmers in Rastede, betr. Bewilligung eines Ruhegehalts für alte Bedürftige, nicht mehr im Dienst befindliche Hebammen.
Verwaltungsausschuß.
4. Petition des Blexer Handels- und Bürgervereins, betr. Verlegung der Blexer Fähre nach dem Bremerhavener Ufer.
Eisenbahnausschuß.
5. Petition der evangelischen Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen zu Delmenhorst zum Entwurfe des Lehrerbefoldungsgesetzes.
Verwaltungsausschuß.

verlesen und seitens des Präsidenten im Einverständnis des Landtags die Anlage 49 entgegen einer in der 3. Sitzung

ergangenen Anordnung dem Eisenbahnausschuß überwiesen worden war, schritt man zur Tagesordnung.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses nebst Nachtrag über den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Gesetzes vom 11. März 1867, betr. die Kultusangelegenheiten der Juden des Fürstentums Birkenfeld. (Anlage 29.)

Berichterstatter: Abg. Roth.

Für den beurlaubten Abg. Roth trat als Berichterstatter der Abg. Driver ein.

Die Anträge 1, 2, 3 und 4 wurden angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandergewerbes vom 22. Februar 1898. (Anlage 46.)

Für den beurlaubten Abg. Roth trat als Berichterstatter der Abg. Driver ein.

Der Landtag verneinte die Frage, ob auf die Beratung der einzelnen Bestimmungen eingegangen werden solle, lehnte den Antrag 1 ab und nahm den Antrag 2 an.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck, betr. Abänderung des Gewerbegesetzes vom 13. Mai 1864. (Anlage 42.)

Berichterstatter: Abg. Steenbock.

Es wurde auf die Beratung der einzelnen Bestimmungen eingegangen.

Der Antrag 2 wurde angenommen und damit der Antrag 3 erledigt. Angenommen wurden ferner die Anträge 4, 6 (mit 21 gegen 18 Stimmen), 8 (mit 24 gegen 18 Stimmen), 9, 10, 11 und 12. Abgelehnt wurden die Anträge 5, 7 und 1.

Der Präsident teilte zu Punkt 1, 2 und 3 der Tagesordnung mit, daß Anträge zur zweiten Lesung bis zum 14. Dezember, vormittags 12 Uhr, einzureichen seien.

4. Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Vereinigung der Stadt-

gemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Nüstingen. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Die Abgg. Driver und Schulz.

Der Präsident eröffnete eine allgemeine Beratung über den Verhandlungsgegenstand, welche bis zum Schlusse der Sitzung fortbauerte.

Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Tagesordnung beraumte der Präsident auf den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr an.

Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 5. ordentlichen Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 14. Dezember 1909.

Schröder.

Dörr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Fünfte Sitzung.

Oldenburg, den 14. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung und erteilte dem Schriftführer Abg. Dörr das Wort zur Verlesung des Protokolls über die vorausgegangene Sitzung, gegen welches Bedenken nicht erhoben wurden.

Der Präsident teilte mit, daß

1. eine Petition des Gemeinderats des Flekens Ahrensböf zum Entwurfe eines Stempelgesetzes für das Fürstentum Lüneburg,
2. folgender selbständige Antrag des Abg. Freiherrn v. Hammerstein:

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, die durchgreifende Vereinfachung der Staatsverwaltung, welche der Landtag zur Vorbedingung für eine endgültige Erhöhung der Beamtengehälter gemacht hat, anzubahnen und darüber eine Vorlage zu machen mit:

1. einer Ausarbeitung einer durchgreifenden Vereinfachung der Organisation und des Geschäftsbetriebes des Staatsministeriums,
2. der Abschaffung der kollegialischen Organisation der Regierung im Fürstentum Birkenfeld.

eingegangen seien. Er überwies im Einverständnis des Landtags die erstere dem Finanzausschuß, den letzteren dem Verwaltungsausschuß.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht der Mehrheit und Minderheit des Verwaltungsausschusses über

den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Müstingen. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Die Abg. Driver und Schulz.

Der Abg. Tanzen stellte den Antrag auf Vertagung der Beratung bis zum Wiederzusammentritt des Landtags nach Neujahr 1910, über den ohne vorgängige Erörterung abgestimmt wurde. Der Antrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Hebammenvereins für das Fürstentum Lüneburg.

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Vereinigung der Gemeinden Herborn und Weitsrodt mit der Bürgermeisterei Ibar-Land. (Anlage 28.)

Berichterstatter Abg. Henn.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden. (Anlage 6.)

Berichterstatter Abg. Dörr.

Der Antrag 1 wurde abgelehnt, die Anträge 2 und 3 wurden angenommen. Angenommen wurden ferner der

Antrag 5, wodurch sich die Anträge 4 und 6 erledigten, und die Anträge 7 und 8. Abgelehnt wurde der Antrag 10, angenommen der Antrag 11 und damit der Antrag 9 erledigt.

5. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse des Großherzogtums für das Jahr 1910. (Anlage 9.)

Berichterstatter Abg. Tappenbeck.

Die Ausschufsanträge 1, 2, 3, 4 und 5 wurden angenommen.

Der Präsident teilte zu den Punkten 2, 3, 4 und 5 der Tagesordnung mit, daß Anträge zur 2. Lesung bis zum 15. Dez. vorm. 12 Uhr einzubringen seien.

6. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1910. (Anlage 8.)

Berichterstatter: für die §§ 1—48 Einnahmen Abg. Wilken, für die Ausgaben §§ 1—16 Abg. Funck, §§ 17 bis 35 Abg. Gerdes, §§ 36—52 Abg. Feldhus, §§ 53

bis 94 Abg. Hug, §§ 95—108 Abg. Feigel, §§ 109 bis 160 Abg. Tappenbeck, §§ 161—180 Abg. Dursthoff, §§ 181—198 Abg. Enneking, § 199 Abg. Feldhus, §§ 200—229 Abg. Hollmann, §§ 230 bis Schluß Abg. Ahlhorn (Hartwarden).

Die Anträge 6 und 7 zu den Einnahmen wurden zurückgestellt, die Anträge 1, 2, 3, 4, 5 und 8 wurden angenommen.

Zu den Ausgaben wurden angenommen die Anträge 1, 2 und 3, abgelehnt die Anträge 4, 5 und 6, angenommen die Anträge 7, 8—10, 11—16, 17, der Antrag des Nachtragsberichts hierzu, 18, 19—21, 22—27, 28, 29, 30—31, 32, 33, 34—35, 36—38, 39—44, abgelehnt der Antrag 46, angenommen die Anträge 45, 47, 48.

Um 2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, nachdem der Präsident auf den 15. Dez. vorm. 10 Uhr eine neue Sitzung anberaumt hatte, in der die Tagesordnung zu Ende zu führen und ev. noch einige weitere Gegenstände zu verhandeln seien, deren Mitteilung schriftlich erfolgen solle.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 6. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 15. Dezember 1909.

Schröder.

Dörr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechste Sitzung.

Oldenburg, den 15. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann teilte der Präsident folgenden Eingang mit:

Petition des Handelsvereins für Cloppenburg und Umgegend und des Landwirtschaftlichen Vereins das., betr. bessere Zugverbindung zwischen Oldenburg und Osnabrück.

Eisenbahnausschuß.

Der Abg. Müller (Rughorn) ist beurlaubt. Darauf trat man in die Tagesordnung ein:

1. Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Herzogtums Oldenburg für das Finanzjahr 1910. (Anlage 8.)

Berichterstatter Abg. Enneking.

Die Anträge 49 und 50 wurden angenommen.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Die Anträge 51 und 52 wurden angenommen.

Berichterstatter Abg. Hollmann.

Die Anträge 53 und 54 wurden angenommen, damit ist Antrag 55 erledigt, die Anträge 56—68 inkl. wurden angenommen.

Berichterstatter Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Die Anträge 69 und 70 wurden angenommen, Antrag 72 wurde abgelehnt, die Anträge 71, 73—79 inkl. wurden angenommen. Nachträglich wurden die Anträge 6 und 7 angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen mittag 12 Uhr einzubringen.

2. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des Fürstentums Lübeck für das Jahr 1910. (Anlage 44.)
Berichterstatter Abg. Voß.

Die Anträge 1—15 inkl. wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen mittag 12 Uhr einzubringen.

3. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1910. (Anlage 30.)

Berichterstatter Abg. Mohr.

Die Anträge 1—18 inkl. wurden angenommen.

Anträge zur zweiten Lesung sind bis morgen mittag zu stellen.

4. Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der Staatsgutskapitalienklasse des Herzogtums Oldenburg für das Jahr 1910. (Anlage 41.)

Berichterstatter Abg. Hollmann.

Die Anträge 1—5 inkl. wurden angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. den zwischen der Großherzoglichen Hausfideikommißdirektion und der Stadtgemeinde Oldenburg abgeschlossenen Vertrag. (Anlage 48.)

Berichterstatter Abg. Funch.

Der Ausschuh Antrag:

„Der Landtag wolle dem Vertrage zwischen der Großherzoglichen Hausfideikommißdirektion und dem Stadtmagistrat Oldenburg über die Uebertragung der



Wallgründe und der Grundfläche des sogenannten alten Festungsgrabens seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen“

wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Vorstandes des Vereins Oldenburgischer Bürgerschullehrer, betr. Bereitstellung von Mitteln zu Beihilfen an Lehrer, die ihre fremdsprachlichen Kenntnisse erweitern wollen.

Berichterstatter Abg. Tappenbeck.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes, betr. Vorlegung der Landesklassenrechnung des Fürstentums Birkenfeld für das Jahr 1906. (Anlage 39.)

Berichterstatter Abg. Mohr.

Der Antrag wurde angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 7. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 17. Dezember 1909.

Schröder.

von Fricke.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Vorstandes des landwirtsch. Vereins Carum, betr. Regulierung der Lager Haase.

Berichterstatter Abg. Feigel.

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann folgte nach Ausschluß der Öffentlichkeit der

9. Mündliche Bericht des Finanzausschusses über die vertrauliche Vorlage der Staatsregierung vom 29. November 1909.

Berichterstatter Abg. Hollmann.

Der Antrag:

„Annahme der Vorlage“

wurde angenommen.

Schluß 2 Uhr.

Die nächste Sitzung ist auf Freitag anberaumt, die Tagesordnung wird schriftlich mitgeteilt.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebente Sitzung.

Oldenburg, den 17. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, las der Schriftführer v. Fricken das Protokoll der letzten Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann teilte der Präsident folgenden Eingang:

Petition des Bürgervereins in Stockelsdorf, betr. Bahnbau Lübeck-Neustadt Eisenbahnausschuß.

mit; derselbe wurde dem Eisenbahnausschuß überwiesen. Darauf teilte der Präsident folgende, genügend unterstützte Anträge der Abgg. Hergens:

Ich beantrage, daß bis zur Erledigung der Befolgungsgesetze den Beamten des Großherzogtums Oldenburg entsprechend dem Beschlusse des 31. Landtages vom 4. März 1909 ein Gehaltszuschlag gemäß § 2 des Gesetzes betr. Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener im Betrage von 6 vom Hundert des Höchstgehalts oder festen Gehalts durch Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes vom Landtage bewilligt und pensionsfähig wird.

und Tappenbeck:

Ich beantrage

1. Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. März 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, bis zum 1. März 1910 erstreckt wird.
2. Der Landtag wolle der Staatsregierung die Mittel zur Verfügung stellen, die erforderlich sind, um den Gehaltszuschlag bis zum 1. März 1910 zu bestreiten und um ferner den im Staatsdienste oder in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaats-

diener sind, die bisherige Aufbesserung ihrer Bezüge oder Löhne bis zum 1. März 1910 weiter zu gewährleisten.

Der Landtag beschloß, dieselben in Betracht zu ziehen und im Plenum zu verhandeln.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein. Punkt 2 der Tagesordnung wurde zuerst verhandelt, darauf Punkt 1, 3 usw.

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr.

1. die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1908. (Nebenanlagen A, B, C und D);
2. den Voranschlag der Eisenbahnbetriebskasse für das Jahr 1910 (Nebenanlagen E und F);
3. die Bittschrift von Interessenten um Herstellung einer Rampe auf dem Bahnhofe Langförden. (Anlage 7.)
Berichterstatter Abg. Wessels.

Die Anträge 1—13 inkl. wurden angenommen.

2. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Schreiben der Staatsregierung vom 23. Oktober und 1. November 1909, betr.

1. die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1908,
2. den Voranschlag des Eisenbahnbaufonds für das Jahr 1910,
3. den Bau einer Nebenbahn von Barel nach Rodenkirchen. (Anlagen 27 und 36.)
Berichterstatter Abg. Müller (Brake.)

Die Anträge 1—5 inkl. wurden angenommen und mit der Annahme des Antrags 5 die Vorlage 36 erledigt.

3. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Brinkföhrers Martin Cordes zu Hohenbölen um beschleunigte Erledigung seiner Entschädigungsansprüche.

Berichterstatter Abg. Heitmann.

Zu diesem Gegenstande stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) folgende, genügend unterstützte Verbesserungsanträge:

Der Landtag wolle beschließen:

1. die Petition für erledigt zu erklären,
2. die Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Haftpflicht der Eisenbahnverwaltung für Schäden, die durch den Betrieb entstanden sind, anderweitig geregelt wird.

Antrag 1 vom Antrage Müller wurde mitberaten und abgelehnt, der Antrag des Ausschusses angenommen, Antrag 2 wurde zurückgezogen.

4. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. das von der Eisenbahnverwaltung zur Beschaffung von Kohlenlagerplätzen auf dem Güterbahnhof Bremen-Neustadt mit dem Architekten Kupsch zu Bremen getroffene Uebereinkommen. (Anlage 35.)

Berichterstatter Abg. Schute.

Der Antrag wurde angenommen.

5. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Gemeinderats der Gemeinde Lönningen, betr. Anstellung eines Fortschreibungsbeamten für das alte Amt Lönningen mit dem Sitze in Lönningen.

Berichterstatter Abg. Feigel.

Der Antrag:

„Uebergang zur Tagesordnung“ wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition resp. Bittgesuch des D. Th. Meyer-Hasbergen, D. Flugger-Schöhasbergen, F. Plate-Hemmelskamp, betr. Erlaß von Gerichtsporteln.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Postmeisters a. D. Aug. Huster um Doppelrechnung

der in außerheimischen Gewässern zugebrachten Marinemedienzeit bei der Pensionierung.

Berichterstatter Abg. Nulhorn (Osternburg).

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

8. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Landwirts G. W. Paradies in Schweieraufendeich um Auszahlung einer ihm von der Brandkasse verweigerten Summe von 690 M.

Berichterstatter Abg. Sommer.

Der Antrag wurde angenommen.

9. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betr. Unterstützung der Hebammen. (Anlage 25.)

Berichterstatter Abg. Grube.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

10. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung über den Entwurf eines Schulgesetzes für das Herzogtum Oldenburg. (Anlage 2.)

Berichterstatter Abg. Tanzen.

Der Antrag 1 wurde mit 24 Stimmen angenommen, Antrag 2 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

11. Bericht des Finanzausschusses über die Mitteilungen der Staatsregierung, betr. Veränderungen im Bestande des Staats- und Krongutes 1908/09. (Anlage 43.)

Berichterstatter Abg. Tappenbeck.

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann teilte der Präsident noch eine Vorlage der Großh. Staatsregierung, betr. Anstellung von Kreis- und Schulinspektoren mit, die dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde, und einen genügend unterstützten, selbständigen Antrag des Abg. v. Fricken:

Ich beantrage, der den Beamten für 1910 zu bewilligende Gehaltzuschlag wird für steuerpflichtig erklärt.

Der Landtag beschloß, diesen in Betracht zu ziehen und im Plenum zu verhandeln. Die nächste Sitzung wird auf Montag anberaumt und die Tagesordnung schriftlich mitgeteilt.

Schluß 12³/₄ Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 8. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 20. Dezember 1909.

Schröder.

v. Fricken.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 20. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Abg. v. Friden das Protokoll der letzten Sitzung, der Abg. Hergens die Eingänge:

1. Petition des Kaufmännischen Vereins Wilhelmshaven, betr. bessere Zugverbindung zwischen Oldenburg und Dsnabrück.
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des Gewerbe- und Handelsvereins Oldenburg, betr. desgl.
Eisenbahnausschuß.
3. Gesuch des Bürger-Vereins Lehe, betr. Fährre Nordenham-Blexen-Bremerhaven.
Eisenbahnausschuß.

Der Präsident teilte den Eingang eines Anleihegesetzes mit und schlug vor die Beratung der 1. Lesung noch heute vorzunehmen.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck. (Anlage 40.)

Berichterstatter Abg. v. Levezow.

Die Anträge des Ausschusses 1, 2, 3 wurden angenommen.

Zum Antrag 4 des Ausschusses stellt der Abg. v. Levezow einen Antrag auf namentliche Abstimmung, welcher angenommen wird.

Der Antrag 4 des Ausschusses wurde dann in namentlicher Abstimmung mit 24 gegen 13 Stimmen angenommen. Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwurp), Diers, Dursthoff, Enneling, Feigel, Frye, Funck, Gerdes, Griep, Grube, Habben, Heitmann, Hergens, Hollmann, Hug, Meyer, Schmidt, Schulz, Schute, Steenbock, Tangen, Wessels, Westendorf. Mit nein stimmten die Abgg. Driver, Francke, v. Friden, Lanje, von Levezow, Müller (Ruhhorn), Müller (Brafé), Schröder, Sommer, Tappenberg, Thorade, Voß, Wilken.

Damit waren die Anträge 6 und 7 erledigt.

Der Antrag 5 wird angenommen.

Die Anträge des Ausschusses 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17 wurden angenommen.

Anträge zur 2. Lesung müssen bis 1 Uhr nachmittags eingebracht werden.

2. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung der dem Finanzgesetz für das Jahr 1910 anzulegenden Voranschläge, sowie über Form und Inhalt des Finanzgesetzes. (1. Lesung. Anlagen 8, 9, 30 und 44.)

Berichterstatter Abg. Wilken.

Die Anträge des Ausschusses 2, 6, 3, 4, 8, 8a, 9 und 10 werden angenommen. Die Anträge 1 und 5 sind damit erledigt.

Zu dem Antrag 7 des Ausschusses wird ein Ergänzungsantrag seitens des Abg. Wilken eingebracht:

Dem Antrage 7 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die hierzu erforderlichen Mittel werden der Staatsregierung für das Rechnungsjahr 1910 vom Landtage zur Verfügung gestellt.

und angenommen. Der Antrag 7 des Ausschusses mit dem zum Antrag 7 eingebrachten Ergänzungsantrage wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung müssen bis 1 Uhr nachmittags eingebracht werden.

Auf Antrag des Abg. Wilken beschließt der Landtag in die Beratung der Anlage 51, betr. den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, wegen Aufnahme einer Anleihe (1. Lesung), einzutreten.

2a. Mündlicher Bericht über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg wegen Aufnahme einer Anleihe. (1. Lesung. Anlage 51.)

Berichterstatter Abg. Wilken.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 1 Uhr nachmittags einzureichen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung des Gesetzes vom 11. März 1867, betr. die Kultusangelegenheiten der Juden des Fürstentums Birkenfeld. Zweite Lesung. (Anlage 29. Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. Roth.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. Aenderung des Gesetzes über die Besteuerung des Wandererwerbes vom 22. Februar 1898. Zweite Lesung. (Anlage 46. Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. Roth.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Großherzogtum gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden. Zweite Lesung. (Anlage 6.)

Berichterstatter Abg. Dörr.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Birkenfeld, betr. die Vereinigung der Gemeinden Herborn und Weitsrodt mit der Bürgermeisterei Idar-Land. Zweite Lesung. (Anlage 28.)

Berichterstatter Abg. Henn.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

7. Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg, betr. Abänderung des Gewerbegesetzes vom 13. Mai 1864. Zweite Lesung. (Anlage 42. Nebenanlage A.)

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Die Anträge 1, 2 und 3 des Ausschusses werden angenommen.

8. Bericht des Finanzausschusses über die gemäß Artikel 196 § 2 des Staatsgrundgesetzes vorzulegenden Bücher und Rechnungen des Großherzogtums und der Landeskasse des Herzogtums Oldenburg, sowie der zugehörigen Nebenklassen für das Jahr 1908. (Anlage 5.)

Berichterstatter Abgg. Enneking, Hollmann, Hug.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses, betr. Krongutskasserechnungen. (Anlage 20.)

Berichterstatter Abgg. Enneking, Hollmann, Hug.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

10. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff. 1. Lesung.

Berichterstatter Abg. Dursthoff.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

Anträge zur 2. Lesung sind bis 1 Uhr nachmittags einzubringen.

11. Bericht des Verwaltungsausschusses, betr. die Petition des Vereins Oldenburg des Bundes Deutscher Militäranwärter vom 22. November 1909.

Berichterstatter Abg. Grube.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

12. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Wirtevereins für das Fürstentum Lüneburg.

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Die Anträge des Ausschusses 1, 2 werden angenommen und ist der Antragsantrag 3 damit erledigt.

13. Bericht des Verwaltungsausschusses über das Gesuch des Gemeinderats der Gemeinde Malente, betr. Aenderung des Gesetzes für das Fürstentum Lüneburg vom 24. März 1908, Aenderung der Gemeindeordnung.

Berichterstatter Abg. Franke.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

14. Bericht des Verwaltungsausschusses zum Gesuch des Gemeinderats der Gemeinde Malente, betr. Einführung des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg vom 25. April 1865 auch für das Fürstentum Lüneburg.

Berichterstatter Abg. Steenbock.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.

15. Bericht des Finanzausschusses über das Gesuch des Ziegeleibesitzers Ernst Brumund und des Fabrikanten Anton Funke zu Barel um Verkauf eines Wegerdestreifens an der Staatschauffee Wardenburg-Abthorn.

Berichterstatter Abg. Ahlhorn (Hartwarderwurf).

Der Antrag 1 des Ausschusses wird abgelehnt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wird angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Haben, betr. Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Begeordnung.

Berichterstatter Abg. Haben.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen.



17. Selbständige Anträge der Abgg. Hergens, Tappenberg und v. Fricke, betr. Gehaltzuschlag.

Mit Zustimmung des Landtags wurde die Abstimmung über Punkt 17 der Tagesordnung bis auf Dienstagvormittag 10 Uhr ausgesetzt.

Alsdann gab der Präsident Kenntnis von einer am 20. Dezember 1909 eingegangenen Verordnung betr. Verlängerung und Vertagung des Landtags

Wir Friedrich August zc. zc.
verordnen, was folgt:

Die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags

wird bis zum 4. März 1910 verlängert. Zugleich wird der Landtag mit seinem Einverständnis vom 21. d. M. bis zum 8. Februar 1910 vertagt.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und beigedruckten Großherzoglichen Insigniels.

Gegeben Oldenburg, den 17. Dezember 1909.

(Siegel) gez. Friedrich August.

gez. Scheer.

und schloß die Versammlung um 2¹/₄ Uhr. Die nächste Versammlung wurde auf Dienstag, vormittags 10 Uhr. angesetzt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 9. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 21. Dezember 1909.

Schröder.

Hergens.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Neunte Sitzung.

Oldenburg, den 21. Dezember 1909, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Hergens das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

17. Fortsetzung der Beratung über die selbständigen Anträge Hergens, Tappenbeck und v. Fricke.

Der verbesserte Antrag Hergens

Ich beantrage

1. der Landtag wolle dem folgenden Gesetzentwurfe seine verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

Gesetz für das Großherzogtum, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

§ 1.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. März 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, wird bis zum 31. Dezember 1910 ausgedehnt.

§ 2.

Auf den nach § 1 zu gewährenden Gehaltszuschlag finden alle für die Besoldung geltenden Vorschriften Anwendung.

2. der Landtag wolle der Staatsregierung zu den Vorschlägen für 1910 die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um den nach dem vorstehenden Gesetzentwurfe zu gewährenden Gehaltszuschlag bestreiten und um ferner den im Staatsdienste und in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaatsdiener sind, die bisherige Aufbesserung ihrer Bezüge weitergewähren zu können.

wurde angenommen, der Antrag Tappenbeck

Protokolle. XXXI. Landtag, 2. Versammlung.

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen der Staatsregierung werden die Mittel zur Verfügung gestellt, die erforderlich sind, um den Gehaltszuschlag nach Maßgabe des Gesetzes vom 8. März 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, bis zum 1. April 1910 zu bestreiten, und um ferner den im Staatsdienste oder in Staatsbetrieben beschäftigten Personen, die nicht Zivilstaatsdiener sind, die bisherige Aufbesserung ihrer Bezüge oder Löhne bis zum 1. April 1910 weiter zu gewähren.

abgelehnt. Infolge Annahme des Antrag Hergens zog der Abg. v. Fricke seinen Antrag:

Ich beantrage:

Der den Beamten für 1910 zu bewilligende Gehaltszuschlag wird für steuerpflichtig erklärt.

zurück, der Landtag erklärte sich einverstanden. Anträge zur 2. Lesung sind bis heute vorm. 10³/₄ Uhr zu stellen.

18. Bericht des Finanzausschusses über den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Lübeck. 2. Lesung. (Anlage 40.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Antrag 1 wurde angenommen. Zum Antrage 2 wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Mit „ja“ stimmten die Abgg.: Ahlhorn (Osternburg), Driver, Enneking, Franke, v. Fricke, Griep, Grube, Lanje, v. Levekov, Müller (Ruhhorn), Müller (Brake), Schröder, Schute, Sommer, Thorade, Voß, Wessels, Westendorf, Wilken. Mit

„nein“ stimmten die Abgg.: Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Dursthoff, Feigel, Feldhus, Frye, Funch, Gerdes, Habben, Heitmann, Hollmann, Hug, Meyer, Plate, Schmidt, Schulz, Tangen.

Der Antrag wurde mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Damit ist Antrag 3 erledigt, Antrag 4 wurde angenommen.

19. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Finanzgesetzes für das Finanzjahr 1910.

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag wurde angenommen.

20. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung über den selbständigen Antrag des Abg. Dursthoff, betr. Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Herzogtum.

Berichterstatter: Abg. Dursthoff.

Der Antrag wurde angenommen.

21. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Anstellung von Kreischulinspektoren. (Anlage 50.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Der Antrag wurde angenommen.

22. Bericht des Finanzausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, wegen Aufnahme Anleihe. (Anlage 51.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag wurde angenommen.

Sodann trat eine Pause von 5 Minuten ein. Nachdem die Beratung wieder aufgenommen war, kam der selbst-

ständige Antrag des Abg. Hergens in 2. Lesung zur Beratung.

Bericht zur 2. Lesung über den selbständigen Antrag des Abg. Hergens, betr. den Entwurf eines Gesetzes über den Gehaltszuschlag.

Hierzu hatte der Abg. Tappenbeck folgenden Verbesserungsantrag eingebracht.

Antrag zur zweiten Lesung des Gesetzes über den Gehaltszuschlag

Ich beantrage dem Gesetze folgende Fassung zu geben.

Gesetz für das Großherzogtum, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

§ 1.

Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 8. März 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener, wird bis zum Erlaß neuer Gesetze über die Befoldungen der in § 1 des genannten Gesetzes aufgeführten Beamten, Volksschullehrer, Lehrerinnen und Mitglieder des Gendarmeriecorps oder wenn neue Befoldungsgesetze bis zum 1. Mai 1910 nicht erlassen sein sollten, bis zum 31. Dezember 1910 ausgedehnt.

§ 2.

Auf den nach § 1 zu gewährenden Gehaltszuschlag finden alle für die Befoldung geltenden Vorschriften Anwendung.

Derfelbe wurde mitberaten und abgelehnt. Der Antrag Hergens wurde angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf Dienstag, den 8. Februar 1910, vorm. 10 Uhr, anberaumt. Tagesordnung: Brandkassegesetz. (Schluß 11 Uhr 10 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 10. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 8. Februar 1910.

Schröder.

von Fricke.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zehnte Sitzung.

Oldenburg, den 8. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnet die Sitzung, der Schriftführer Abg. v. Fricken verliest das Protokoll der vorangegangenen Sitzung, welches genehmigt wird, und der Schriftführer Abg. Hergens die Eingänge.

1. Petition der Anwohner des südl. Teils von Bremerhaven, betr. die Fähre Nordenham-Blexen-Bremerhaven.
Eisenbahnausschuß.

2. Petition des Gemeindevorstandes zu Wulsdorf, betr. desgl.
Eisenbahnausschuß.

3. Petition der Stadtbürgermeisterei Idar, betr. Errichtung eines Amtsgerichts das.
Verwaltungsausschuß.

4. Petition des Hermann Faber in Oberstein, betr. Auszahlung des Betrages von M 589,12 aus der Staatskasse für gelieferte Rießschlagarbeiten.
Finanzausschuß.

5. Petition des Stadtmagistrats Heppens, betr. die Vereinigung der Gemeinden Bant, Heppens und Neuende zu einer Stadt II. Klasse.
Verwaltungsausschuß.

6. Petition des Gemeindevorstandes in Bant, betr. desgl.
Verwaltungsausschuß.

7. Petition des Gemeindevorstandes in Neuende, betr. desgl.
Verwaltungsausschuß.

8. Petition der Grenzauffseher Pundt I, Dittmer,

Braue und Janßen, betr. Gleichstellung im Gehalt mit dienstjüngeren Kollegen.

Finanzausschuß.

9. Petition der Bewohner in Dangastermoor, betr. Zugverbindung mit dem 12 Uhr 38 Min. von Wilhelmshaven abgehenden Personenzug.

Eisenbahnausschuß.

10. Mitteilung der oldenb. Amtstierärzte zu ihrer Petition, betr. Gehaltsbezüge der beamteten Tierärzte der deutschen Bundesstaaten.

Finanzausschuß.

11. Petition des Vorstandes des Gebietsvereins in Delmenhorst, betr. Aenderung des Art. 5 § 3 und Art. 11 § 1 der Gemeindeordnung.

Verwaltungsausschuß.

12. Petition von 16 Vereinen aus Bremerhaven, betr. die Fähre zwischen Nordenham-Blexen und dem rechten Weserufer.

Eisenbahnausschuß.

13. Vorlage 52 der Großh. Staatsregierung, betr. Uebertragung von M 2600,— auf 1910 für den Neubau der Chauffeebrücke über die Hunte bei Huntebrück.

Finanzausschuß.

14. Vorlage 53 der Großh. Staatsregierung, betr. Uebertragung der Restsumme von M 1209,— auf 1910 für die Verbesserung der Hafenanstalt Großenfiel.

Finanzausschuß.

15. Vorlage 54 der Großh. Staatsregierung, betr. Uebertragung von M 5300,— auf 1910 für den Bau

einer Orgel in der zur Strafanstalt in Bechta gehörenden Klosterkirche.

Finanzausschuß.

16. Vorlage 55 der Großh. Staatsregierung, betr. Nachbewilligung von *M* 8000,— zu § 72 der Ausgaben des Fürstentums Lübeck zur Beschaffung des Mobiliars für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes in Schwartau.

Finanzausschuß.

17. Petition des Vorstandes der Müller-Zwangs-Innung für Stadt und Amt Delmenhorst, betr. die Aufnahme der Maschinen und Vorräte der Mühlen in die Landesbrandkasse.

Verwaltungsausschuß.

18. Petition des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands in Berlin, betr. Berücksichtigung der Bureauangestellten bei der Besetzung neuzuschaffender Stellen bei den Gerichten.

Verwaltungsausschuß.

19. Petition des Magistrats zu Geestemünde, betr. Fahrverbindung Nordenham-Blexen-Geestemünde.

Eisenbahnausschuß.

Der Präsident teilt alsdann dem Landtage mit, daß der Veteran Gehring, Wildeshausen seine Petition zurückgezogen hat.

Beurlaubt sind die Abgg. Dörr, Griep, Roth.

Es fehlten entschuldigt die Abgg. Wofß und v. Hammerstein.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Bericht des Verwaltungsausschusses, über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. das Oldenb. Brandlaffengesetz. (Anlage 26.)

Berichterstatter Abg. Müller (Nuzhorn).

Die Verhandlungen beschränkten sich auf die allgemeine Beratung des Gesetzentwurfes.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 9. Febr., vorm. 10 Uhr, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 11. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Februar 1910.

Schröder.

Hergens.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Elfte Sitzung.

Oldenburg, den 9. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Hergens das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann verlas der Schriftführer v. Fricke folgende Eingänge:

1. Petition der Förster des Fürstentums Birkenfeld, betr. Gleichstellung in ihrer Besoldung mit den übrigen mittleren Staatsbeamten.

Finanzausschuß.

2. Petitionen, des Oldenb. Wesermarsch-Herdbuchvereins, 1. Distrikt der Landwirtschaftskammer für das Herzogtum Oldenburg, des Verbandes der Stammzuchtvereine für schwarzbuntes Niederungsvieh im Typ der hannoverschen Unterwesermarschen, der landwirtschaftlichen Vereine für Stotel und Umgegend, Landwürden, Bremervörde, Ringstedt, Atens-Blexen, Burhave, Lössens, Eckwarden, Abbehausen-Stollhamm, Esenshamm, Seefeld, Bramstedt und Umgegend, Hagen, Heerstedt und Umgegend, Beverstedt und Umgegend und der südöstlichen Geestniederung, des Hauptvereins Bremervörde, des Stammzuchtvereins für die Unterweser-Geest und des Vereins der Stammviehzüchter in den hannoverschen Unterwesermarschen, betr. Erhaltung der Weserfähre Norddenham-Blexen-Geestemünde.

Eisenbahnausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen einverstanden. Darauf trat man in die Tagesordnung ein.

Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung (Brandkassen-gesetz betr.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nulhorn).

In Antrag 1 beantragte der Abg. Habben namentliche Abstimmung.

Mit ja stimmten die Abgg. Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Dursthoff, Driver, Feigel, Feldhus, Frye, v. Fricke, Funch, Grube, v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, Mohr, Müller (Brake), Plate, Schute, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf, mit nein stimmten die Abgg. Enneking, Gerdes, Habben, Heitmann, Henn, Hug, Meyer, Müller (Nulhorn), Schmidt, Schröder, Schulz, Sommer, Steenbock, Tangen, Voß, Wilken.

Der Antrag wurde angenommen, damit Antrag 2 erledigt. Vor Abstimmung über den Antrag 3 wurde der Antrag Tappenbeck:

Ich beantrage

Der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, bis zur zweiten Lesung des Gesetzes zu prüfen, ob der Entwurf Bestimmungen enthält, die ein Hinder-



nis für einen Anschluß der Landesbrandkasse an den Feuerversicherungsverband in Mitteldeutschland bilden. mitberaten und abgelehnt.

Die Anträge 3 bis 8 inkl. wurden angenommen. Die Anträge 10 und 9 wurden abgelehnt, damit sind die An-

träge 11 und 12 erledigt. Die Anträge 13 bis 32 inkl. wurden angenommen. Darauf beschloß der Landtag, sich bis morgen früh 10 Uhr zu vertagen. Morgen früh Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

(Schluß 1 Uhr 50 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 12. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 10. Februar 1910.

Schröder.

v. Fricken.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Zwölfte Sitzung.

Oldenburg, den 10. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. von Fricken das Protokoll der vorausgegangenen Sitzung. Das Protokoll wurde genehmigt.

Der Präsident teilte mit, daß eine Petition des Gemeindevorstandes zu Dedesdorf, betr. die Erhaltung der Weferfähre Nordenham-Alexen-Geestemünde, eingegangen und dem Eisenbahnausschuß überwiesen worden sei.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuzhorn).

Es wurden angenommen die Ansuchen 33 bis 53, abgelehnt der Antrag 54 und damit der Antrag 55 erledigt, angenommen die Anträge 56 bis 69.

Der Antrag 70 wurde in namentlicher Abstimmung mit 33 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Es stimmten dafür die Abgeordneten: Enneking, Gerdes, Habben, Henn, Müller (Nuzhorn), Westendorf; dagegen die Abgeordneten: Ahlhorn (Osternburg), Diers, Dörr, Dursthoff, Driver, Feigel, Feldhus, Francke, Frye,

v. Fricken, Funch, Frhr. v. Hammerstein, Heitmann, Hergens, Hollmann, Hug, Janje, v. Levegow, Meyer, Mohr, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schröder, Schulz, Sommer, Steenbock, Tanken, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels, Wilken.

Angenommen wurde der Antrag 71 und 72, dadurch der Antrag 73 erledigt, abgelehnt der Antrag 74, angenommen der Antrag 75, abgelehnt mit 18 gegen 16 Stimmen der Antrag 76 und damit der Antrag 77 erledigt, angenommen der Antrag 78, abgelehnt der Antrag 79, angenommen die Anträge 80 und 81.

Es wurde darauf beschlossen, die Sitzung zu vertagen.

Der Präsident teilte mit, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Enneking:

Ich beantrage, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, das Amtsgericht Damme tunlichst im Laufe dieses Jahres wieder einzurichten, eingegangen sei. Er überwies den Antrag, dessen Berücksichtigung der Landtag wünschte, dem Verwaltungsausschuß, und bestimmte die nächste Sitzung auf Freitag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr.

(Schluß der Sitzung nachmittags 2,10 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 13. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 11. Februar 1910.

Schröder.

Dörr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Dreizehnte Sitzung.

Oldenburg, den 11. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der zwölften Sitzung. Das Protokoll wurde genehmigt.

Der Präsident gab darauf dem Landtag Kenntnis von dem Ableben des Abg. Griep und konstatierte, daß die Abgeordneten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen erhoben hätten.

Nachdem der Präsident sodann mitgeteilt hatte, daß eine Petition des Handelsvereins Nordenham, betr. Fußgängerbrücke über die sämtlichen Gleisanlagen an der Müllerstraße in Nordenham, eingegangen und dem Eisenbahnausschuß überwiesen worden sei, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 26.)

Berichterstatter: Abg. Müller (Nuzhorn).

Angenommen wurden die Anträge 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98—100, 101—102, 103, 104—105, 106.

Zu dem Antrag 107 teilte der Präsident mit, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn):

Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Provinzialräten der Fürstentümer die Frage vorzulegen, ob im gegenwärtigen Stadium

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 14. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 15. Februar 1910.

der Brandkassenorganisation nicht ein Anschluß der Fürstentümer zweckmäßig sei, eingegangen sei.

Der Landtag lehnte es ab, diesen Antrag in Betracht zu ziehen.

Es wurden sodann noch die Anträge 107, 108 und 109 angenommen.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur zweiten Lesung bis Dienstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien, und beraumte die nächste Sitzung auf eben diesen Tag, vormittags 10 Uhr, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke. (Anlage 45.)
2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgermeisters Dr. Büsing in Sever.
3. Fortsetzung der Beratung über den Bericht desselben, betreffend Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Nüstringen. (Anlage 24),

an.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr.)

Schröder.

Dörr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Vierzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 15. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der 13. Sitzung. Das Protokoll wurde genehmigt. Der Präsident ließ darauf die folgenden Eingänge, von denen er die unter 1. und 3. dem Finanzausschuß, den unter 2. dem Verwaltungsausschuß überwiesen habe,

1. Petition der Zeitungsverleger des Herzogtums Oldenburg, betr. Bezahlung der amtlichen Anzeigen an die Zeitungsverleger des Herzogtums.
Finanzausschuß.
2. Petitionen der Gemeinderäte von Kirchweiler, Vollmersbach, Gerach, Algenrodt, Mackenrodt, Tiefenstein, Hettenrodt und Regulshausen, betr. Errichtung eines Amtsgerichts in Idar.
Verwaltungsausschuß.
3. Petition der Forstwärter des Fürstentums Birkenfeld um Gehaltserhöhung.
Finanzausschuß.

verlesen und teilte mit, daß die nachstehenden Interpellationen eingegangen seien:

Herrschen in Cutin derart unsichere Zustände, und sind die städtischen Sicherheitsorgane dort so unzureichend, daß eine Regierungsverfügung notwendig ist, wonach die doppelt besetzten Gendarmerie-Stationen schon seit Wochen von einem Gendarm entblößt werden, damit diese den Wachdienst in Cutin Nacht für Nacht ausüben?
gez. H. Franke.

Aus welchem Grunde hat die Staatsregierung bestimmt, daß die öffentlichen Bekanntmachungen der Behörden

nur in den „Oldenburgischen Anzeigen“ veröffentlicht werden sollen?
gez. Müller (Brake).

Der Präsident setzte die Interpellationen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten:

1. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke. (Anlage 45.)

Berichterstatter: Abg. Schute.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

2. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Bürgermeisters Dr. Büsing in Jeber.

Berichterstatter: Abg. Gabben.

Der Ausschusantrag wurde angenommen.

3. Fortsetzung der Beratung über den Bericht des Verwaltungsausschusses, betr. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Küstringen. (Anlage 24.)

Berichterstatter: Die Abgg. Driver und Schulz.

Der Präsident teilte zu dem Antrag 1 des Mehrheitsberichts mit, daß ein selbständiger Antrag des Abg. Ahlhorn (Osternburg)

Ich beantrage:

1. Die Stadtgemeinde Heppens und die Landgemeinden Bant und Neuende werden zu einer Stadt I. Klasse unter dem Namen „Stadtgemeinde Küstringen“ vereinigt.

2. den Gesetzentwurf mit diesem Antrage an den Verwaltungsausschuß zurückzuweisen.
vorliege. Der Landtag beschloß, den Antrag in Betracht zu ziehen.

Der Abg. Ahlhorn (Osternburg) zog seinen selbständigen Antrag zurück und brachte zu dem Antrag 1 des Bezirks und dem § 1 der Vorlage den folgenden Verbesserungsantrag ein:

Ich beantrage:

§ 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

1. Die Stadtgemeinde Heppens und die Landgemeinden Bant und Neuende werden zu einer Stadt I. Klasse unter dem Namen „Stadtgemeinde Rüstringen“ vereinigt.

Der Präsident stellte die Unterstützungsfrage, die vom Landtag bejaht wurde.

Der Antrag 2 der Mehrheit wurde abgelehnt, sodann der Antrag Ahlhorn in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 20 Stimmen angenommen. Für den Antrag Ahlhorn stimmten die Abgg. Habben, Frhr. v. Hammerstein, Henn, Hergens, Hollmann, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuhhorn), Plate, Schröder, Schute, Sommer, Thorade, Westendorf, Ahlhorn (Osternburg), Ahlhorn (Hartwarderwarp), Driver, Feigel, Feldhus, Francke, Freye, v. Fricken;

dagegen stimmten die Abgg. Gerdes, Grube, Heitmann, Hug, Lanje, Meyer, Müller (Brafe), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Vofß, Wessels, Wilken, Diers, Dörr, Dursthoff, Enneking.

Weiter wurden die §§ 2—8 der Vorlage abgelehnt.

Der Präsident teilte mit, daß Anträge zur zweiten Lesung bis zum 17. Februar, abends 7 Uhr, einzubringen seien.

Weiter machte der Präsident bekannt, daß ein selbständiger Antrag des Abg. v. Hammerstein:

Der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen:

Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld vom 14. Mai 1908.

Im § 2 des Stempelsteuergesetzes vom 14. Mai 1908 werden die Worte „6. Vollmachtserklärungen“ durch folgende Worte ersetzt:

„6. Prozeßvollmachten, sowie Vollmachten, die zum Gebrauche bei einer Behörde oder einem Beamten des Reichs oder eines Bundesstaates bestimmt sind“.

eingegangen sei. Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen.

Schluß der Sitzung 1.10 Uhr.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 15. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 28. Februar 1910.

Schröder.

Dörr.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogs Oldenburg.

Fünfzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 28. Februar 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, verlas der Schriftführer Abg. Dörr das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde. Sodann verlas der Schriftführer Abg. v. Fricken folgende Eingänge:

1. Petition des Vorstandes des landwirtschaftlichen Vereins Lehe u. a., betr. Fährverbindung zwischen dem oldenburgischen und dem jenseitigen Weserufer.
Eisenbahnausschuß.
2. Petition des kaufmännischen Vereins Geestemünde, betr. Fährverbindung Geestemünde—Blexen—Nordenham.
Eisenbahnausschuß.
3. Petition des Stadtmagistrats Nordenham, betr. Herstellung einer Fußgängerbrücke über die sämtlichen Gleisanlagen an der Müllerstraße in Nordenham.
Eisenbahnausschuß.
4. Vorlage 56 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Einräumung einer Ueberwegung über die Forstgründe in Neuenburg.
Finanzausschuß.
5. Petition des Gerhard Peters in Moorsee und Genossen, betr. Fährverbindung Nordenham—Blexen—Geestemünde.
Eisenbahnausschuß.
6. Petition des Ingenieurs August Hanß in Berlin, betr. Bewilligung von Varmitteln und Bereitstellung

staatlichen Geländes zur Durchführung eines neuen Projektes zur Ausnutzung von Ebbe und Flut am Tadebusen.

Finanzausschuß.

7. Petition 1. des Bürgervereins Geestemünde, 2. des Haus- und Grundbesitzervereins Geestemünde und Wulsdorf, 3. des kaufmännischen Vereins Geestemünde, 4. des Dampffischereivereins „Unterweser“ daselbst, 5. des Vereins der Fischländer und Keder daselbst und 6. des Vorstandes der Fischereihafenbetriebsgenossenschaft daselbst, betr. Weserfähre Nordenham—Blexen—Geestemünde.
Eisenbahnausschuß.
8. Petition des Seminarlehrers Wille in Wechta um Anrechnung früherer Dienstjahre.
Verwaltungsausschuß.
9. Petition der Streckenarbeiter der 26. Bahnmeisterei um Gleichstellung im täglichen Verdienst mit den Streckenarbeitern der 16. Bahnmeisterei.
Eisenbahnausschuß.
10. Vorlage 57 der Großherzoglichen Staatsregierung, betr. Erweiterung der Anlegevorrichtung vor den Gründen der Elsflether Heringsfischereigesellschaft.
Finanzausschuß.
11. Petition des Stadtmagistrats Heppenz, betr. Nicht-

einbeziehen des Amtes Rüstingen in die oldenburgische Landesbrandkasse.

Verwaltungsausschuß.

12. Petition des Hausbesitzervereins in Heppens, betr. dgl. Verwaltungsausschuß.

13. Petition des Bürgervereins Nordenham, betr. Fahrverbindung nach Bremerhaven. Eisenbahnausschuß.

14. Petition des Vereins der Saalhaber Rüstingens, betr. Zulassung von Ausnahmen von der Bestimmung des § 11 Abs. 3 des Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betr. die Sonn- und Feiertage.

Verwaltungsausschuß.

Der Landtag erklärte sich mit den Ueberweisungen einverstanden.

Darauf verkündete der Präsident folgende Eingänge:

1. Selbständiger genügend unterstützter Antrag des Abg. Thorade:

Ich beantrage, der Landtag wolle die Staatsregierung ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die Haftpflicht für Sachschäden bei dem Eisenbahnbetriebe geregelt wird.

Der Landtag beschloß, den Antrag in Betracht zu ziehen und dem Eisenbahnausschuß zu überweisen.

2. Interpellation des Abg. Enneking:

Sind der Staatsregierung die vielen Klagen über die Handhabung des Einkommensteuerschätzungsverfahrens im Amte Bechta bekannt und wie denkt sie denselben abzuwehren?

Die förmliche Vorbringung und Begründung dieser Interpellation setzte der Präsident auf die nächste Tagesordnung.

3. Mitteilung der Staatsregierung:

Die Vorlagen der Staatsregierung wegen Aenderung der Besoldung der Zivilstaatsdiener, der Gendarmen und der Lehrer und Lehrerinnen an Volksschulen, nämlich die Schreiben vom 6. Oktober 1909, Anlage 12, vom 8. Oktober 1909, Anlage 13, vom 12. Oktober 1909, Anlage 15, vom 20. Oktober 1909, Anlage 23, vom 28. Oktober 1909, Anlage 32, und vom 1. November 1908, Anlage 34, werden zurückgezogen. Die Staatsregierung beabsichtigt, die Vorlagen demnächst wieder einzubringen unter Beifügung einer Denkschrift über die Möglichkeit und den etwaigen Umfang einer Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung.

4. Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen.

Der Landtag beschloß diesen Gesetzentwurf im Plenum zu beraten.

5. Selbständiger, genügend unterstützter Antrag des Abg. Dr. Driver:

Ich beantrage, der Landtag wolle folgendem Gesetzentwurf zustimmen:

Gesetz für das Großherzogtum, betr. Aenderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener.

Einziger Paragraph.

Im § 1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener werden die Worte „31. Dezember 1910“ durch „30. April 1911“ ersetzt.

Der Landtag beschloß, diesen Antrag in Betracht zu ziehen und im Plenum zu erledigen.

Abg. v. Hammerstein zog seinen selbständigen Antrag auf Vereinfachung der Verwaltung zurück.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein.

1. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Verbesserung der Hafenanstalt Großenfel. (Anlage 53.)

Berichterstatter: Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp).

Der Antrag wurde angenommen.

2. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Ersuchen um Erklärung der Zustimmung zu der nachträglichen Uebertragung der Summe von 5300 M auf das Finanzjahr 1910 zu § 103 des Voranschlages der Ausgaben. (Anlage 54.)

Berichterstatter: Abg. Feigel.

Der Antrag wurde angenommen.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Anlage 52. (Chausseebrücke bei Huntebrück.)

Berichterstatter: Abg. Hollmann.

Der Antrag wurde angenommen.

4. Bericht des Finanzausschusses zu der Vorlage der Staatsregierung, betr. Nachbewilligung für den Neubau des Amtsgerichtsgebäudes in Schwartau. (Anlage 55.)

Berichterstatter: Abg. Voß.

Der Antrag wurde angenommen.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. die Einräumung einer Ueberwegung über staatliche Forstgründe im Revier Neuenburg. (Anlage 56.)

Berichterstatter: Abg. Wilken.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn).

Berichterstatter: Abg. Enneking.

Auf einen genügend unterstützten Antrag des Abg. Müller (Nuzhorn) hin wurde der Antrag zur Beratung gebracht und zurückgezogen.



7. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition von Interessenten in Mariensiel, unterstützt durch den Handels- und Gewerbeverein in Oldenburg, betr. die Errichtung einer Güterabfertigung in Mariensiel.

Berichterstatter: Abg. Diers.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. die Petition des landwirtschaftlichen Vereins Goldenstedt über Goldenstedter Bahnangelegenheit.

Berichterstatter: Abg. Westendorf.

Der Antrag wurde angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. das Bittgejud des Gutsbesizers Julius Müller (Nuzhorn) um Maßnahmen zur Verhütung der Brandgefahr beim Eisenbahnbetrieb von der in seinem Gehölze belegenen Strecke der Großherzoglich Oldenburgischen Eisenbahn.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Die Anträge 1 und 2 wurden angenommen.

10. Bericht des Eisenbahnausschusses, betr. Petition der Einwohner von Heidkrug und Umgegend um die Einrichtung einer Güter-, Gil- und Stückgutabfertigungsstelle in Heidkrug.

Berichterstatter: Abg. Plate.

Der Antrag wurde angenommen.

11. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Handelsvereins für Cloppenburg und Umgegend und des landwirtschaftlichen Vereins Cloppenburg um bessere Zugverbindung zwischen Oldenburg und Osnabrück.

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Zum Antrage des Ausschusses stellte der Abg. Feigel folgenden Antrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle den Antrag des Eisenbahnausschusses ablehnen und die Petition der Staatsregierung zur Prüfung überweisen.

Da die Unterstützungsfrage bejaht wurde, wurde derselbe zur Beratung gestellt und abgelehnt. Der Ausschussantrag wurde angenommen.

12. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition des Johann Gilers und Konsorten zu Danganstermoor um Zugverbindung mit dem um 12,38 Uhr von Wilhelmshaven abgehenden Personenzuge mit Danganstermoor.

Berichterstatter: Abg. Lanje.

Der Antrag wurde angenommen.

13. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petitionen des Stadtmagistrats und Handelsvereins in Nordenham wegen Herstellung einer Fußgängerbrücke über die sämtlichen Gleisanlagen an der Müllerstraße in Nordenham.

Berichterstatter: Abg. Müller (Brake).

Der Antrag wurde angenommen.

13a. Interpellation des Abg. Francke, wie mitgeteilt.

Die Staatsregierung erklärte sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Francke:

„In der Stadt Cutin sind im letzten Winter mehrere schwere Diebstähle, Einbrüche und Einbruchversuche in einer Weise verübt, daß mit Recht eine Beunruhigung der Bevölkerung eintrat.

Da die in der Stadt Cutin vorhandene staatliche und städtische Polizeimannschaft nicht ausreichte, in genügender Weise für die öffentliche Sicherheit zu sorgen und die Verbrecher zu ermitteln, sind auf pflichtmäßige Anordnung der Großherzoglichen Regierung in einigen Nächten der letzten Monate zur Verstärkung der Polizei in Cutin abwechselnd je ein Gendarm von Ahrensböf und Schwartau herangezogen. Jeder dieser Gendarmen hat seine Station in etwa sechs Nächten verlassen müssen. Von einer Entblößung der Stationen Schwartau und Ahrensböf kann nicht die Rede sein.

Nachdem die Diebesbande in Stärke von fünf Köpfen dingfest gemacht war, ist die Abkommandierung von Gendarmen eingestellt worden.“

14. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Rechnungsführers und Rechnungsführers B. D. Olmanus zu Zwischenahn.

Berichterstatter: Abg. Schmidt.

Der Antrag wurde angenommen.

15. Bericht des Verwaltungsausschusses über den selbständigen Antrag des Abgeordneten Enneking, betr. Wiedererrichtung des Amtsgerichts Damme.

Der Antrag der Mehrheit des Ausschusses wurde mit 28 Stimmen angenommen.

16. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vorsitzenden des Delmenhorster Gebietsvereins, H. Lange.

Zum Antrage der Mehrheit stellte der Abg. Schulz folgenden Minderheitsantrag:

Ich beantrage:

Die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

und zog ihn nach Ablehnung des Antrags Tanzen zurück und der Abg. Tanzen folgenden genügend unterstützten Verbesserungsantrag:

Ich beantrage:

Der Landtag wolle die Petition der Großherzoglichen Staatsregierung als Material für eine etwa bevorstehende Gesetzesvorlage, betr. Aenderung der Gemeindeordnung, überweisen.

Derselbe wurde abgelehnt.

In namentlicher Abstimmung wurde der Ausschussantrag angenommen.

Mit ja stimmten die Herren Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Driver, Enneking, Feigel, Feldhus, Francke, Frye, v. Frieden, Funch, Gerdes, Grube, Habben, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Plate, Schröder, Schute,

Sommer, Thorade, Westendorf, Wilken; mit nein stimmten die Herren Abgg. Dörr, Dursthoff, Heitmann, Hug, Meyer, Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Voß, Wessels.

17. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Verbandes der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands, betr. Berücksichtigung der Bureauangestellten bei der Befehung neu zu schaffender Stellungen bei den Gerichten.

Berichterstatter: Abg. Sommer.

Der Antrag wurde angenommen.

18. Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über

die Petition der ehemaligen Hebamme Frau Allmers in Nastede, betreffend Unterstützung.

Berichterstatter: Abg. Grube.

Der Antrag wurde angenommen.

Darauf verkündigte der Präsident noch folgende Interpellation des Abg. v. Levezow:

Gedenkt die Staatsregierung eine Verordnung zu erlassen, um das kinematographische Theaterwesen zu ordnen, um namentlich Aufführungen vor Kindern zu verhindern, die schädlich auf das Gemüt einwirken können?

Dieselbe wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt.

Nächste Tagesordnung: Interpellation Enneking und v. Levezow und Brandkassengesetz.

(Schluß 1 Uhr 20 Min.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 16. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 2. März 1910.

Schröder.

von Fricke.



Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Sechzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 2. März 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas der Abg. v. Frieden das Protokoll der vorigen Sitzung, welches genehmigt wurde.

Der Präsident teilte dem Landtage mit, daß fortan Petitionen als zu spät eingegangene behandelt und den Petenten zurückgegeben würden. — Ferner wurde ein Eingang des Staatsministerium betr. Vermehrung des Genbarmeriekorps dem Finanzausschuß zur Beratung überwiesen. — Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. Interpellation des Abg. Gunkling.

Die Interpellation wurde begründet und durch das Finanzministerium beantwortet:

„Das Finanzministerium ist nach wie vor auf das Ernsteste bestrebt, die Ungleichmäßigkeiten, welche bezüglich der Einkommensteuer-Veranlagung im Amte noch bestehen, mit dem ihm gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln zu beseitigen.

Was die äußere Handhabung der Veranlagung im Amte Bechts anbetrifft, so sind Klagen, welche zu besonderen Maßnahmen hätten Veranlassung geben können, an die Staatsregierung nicht herangetreten.“

2. Interpellation des Abg. v. Lebekow.

Die Interpellation wurde begründet und durch die Regierung beantwortet:

„Die Beantwortung der Interpellation bedarf keiner großen Ueberlegung. Die Frage, die der Herr Inter-

pellant gestellt hat, kann einfach bejaht werden. Die Regierung hat in der Frage der kinematographischen Theater, die mit deren Vermehrung eine akute geworden ist, Material gesammelt, um festzustellen, in welcher Weise das Kinematographenwesen zu ordnen ist, und in welcher Weise an anderen Orten vorgegangen ist. Selbstverständlich ist auch die Frage, inwieweit Kinder zu den kinematographischen Theatern zugelassen werden können, eine wichtige, die besonders geprüft wird. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß wichtige Fragen im Interesse der Allgemeinheit zu berücksichtigen sind.“

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Oldenburgische Brandkasse. (Anlage 26.)

Berichterstatter Abg. Müller (Nuzhorn).

Der Regierungsbevollmächtigte korrigiert seinen Antrag zum § 1 Absatz 1 folgendermaßen:

Ich beantrage dem § 1 Absatz 1 unter Ablehnung des in erster Lesung beschlossenen dritten Absatzes zum § 1 folgende Fassung zu geben:

Jedes im Herzogtum Oldenburg belegene Gebäude soll, soweit dies Gesetz keine Ausnahme macht, bei der Oldenburgischen Brandkasse versichert werden. Für die in den Bezirken der Amtsverbände Tever und Rüstingen belegenen Gebäude,

sowie für Kirchen, Kapellen und Kirch- und Glockentürme tritt diese Verpflichtung erst mit dem 1. Januar 1916 ein, unbeschadet der Verpflichtung zur Versicherung schon sofort von dem Inkrafttreten des Gesetzes an.

Antrag 1 wurde in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 17 Stimmen abgelehnt, dagegen stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwurp), Dursthoff, Dr. Driver, Feigel, Feldhus, Frye, v. Fricken, Funck, Grube, v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, Mohr, Müller (Brake), Plate, Schute, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf; dafür stimmten die Abg. Diers, Enneking, Gerdes, Habben, Heitmann, Hug, Meyer, Müller (Ruhorn), Roth, Schmidt, Schröder, Schulz, Sommer, Steenbock, Tanzen, Voß, Wilken.

Der Antrag 3 wird angenommen und dadurch der Antrag 2 erledigt.

Die Anträge 5, 6, 7, 8, 9 werden angenommen.

Der Antrag 10 durch Zurückziehung des Antrages Müller (Brake) erledigt.

Zum § 19 stellt der Regierungsvertreter folgenden Verbesserungsantrag:

Von der Brandkassenverwaltung ist für jedes Jahr Rechnung abzulegen und dem Ministerium des Innern zur Prüfung und Feststellung einzureichen. Auch ist von ihr eine Uebersicht über die nach der abgelegten Rechnung des verflossenen Jahres vorgekommenen Einnahmen und Ausgaben nach den einzelnen Positionen des Voranschlags getrennt und über die

stattgehabten Brandschäden nach Art (Vollschaden, Teilschaden) und Ursache zu veröffentlichen.

Der Antrag des Regierungsvertreters mit dem zum § 19 eingebrachten Verbesserungsantrag wird angenommen.

Die Anträge 11 und 16 werden erledigt durch Zurückziehung der Anträge des Abg. Tappenbeck.

Der Antrag 15 wird durch Zurückziehung des Antrages Dursthoff erledigt.

Der Antrag 13 wird abgelehnt.

Die Anträge 12 und 14 angenommen.

Zum Antrage 17 stellt der Regierungsvertreter einen Verbesserungsantrag:

Unter Streichung des letzten Absatzes in der Regierungsvorlage dem zweiten Absatz folgenden Wortlaut zu geben:

Der Ausschuß ist nur beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

Der Antrag 17 mit dem Verbesserungsantrag des Regierungsbevollmächtigten wird angenommen.

Der Präsident teilt dem Landtage mit, daß die Wahlakten über die Wahl des Abg. Driver, VII. Wahlkreis, dem Landtage zugegangen. — Die Prüfung der Wahlakten findet am Donnerstag, den 3. März, vormittags 9¹/₄ Uhr, durch die Abgeordneten des 1., 2., 3. Wahlkreises statt.

Schluß der Versammlung 2 Uhr 5 Minuten.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, anberaumt.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 17. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 3. März 1910.

Schröder.

Hergens.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Siebzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 3. März 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Nachdem der Präsident die Versammlung eröffnet hatte, erstattete der Abg. Ahlhorn (Hartwarderwarp) Bericht über die Prüfung der Wahllisten betr. den Abg. Driver. Da die Wahl nicht beanstandet wurde, erklärte der Landtag die Wahl für gültig. Darauf wurde der Abg. Driver vereidigt.

Danach trat man in die Tagesordnung ein.

Vor Beginn der Beratung über den Antrag 19 zum Brandkassengesetz beantragte der Regierungskommissar, der Landtag wolle der Auffassung beitreten, daß durch Annahme des Antrages Nr. 3 zur zweiten Lesung der durch Annahme des Antrages Nr. 3 zur ersten Lesung gefaßte Beschluß des Landtags beseitigt sei. Der Landtag entschied in diesem Sinne.

1. Fortsetzung der Beratung über das Brandkassengesetz zur 2. Lesung.

Der Antrag 19 wurde angenommen, damit ist Antrag 18 erledigt. Die Anträge 20 und 21 wurden angenommen, der Antrag 22 wurde abgelehnt, der Antrag 23 wurde angenommen, ebenso Antrag 24, damit sind die Anträge 25, 26, 27 und 28 erledigt. Antrag 29 wurde angenommen, ebenfalls die Anträge 30 und 31. Der Hauptantrag des Abg. Müller zum § 41 ist abgelehnt, damit Antrag 32 des Ausschusses erledigt. Antrag 33 wurde abgelehnt, Antrag 34 wurde angenommen, Antrag 35 wurde abgelehnt. In den Verbesserungsantrag Hergens werden mit Zustimmung des Landtags in der letzten Zeile unten zwischen „mit“ und „der“ die Worte „Genehmigung der

Brandkassenverwaltung unter“ eingeschoben. Der so verbesserte Verbesserungsantrag 37 wurde angenommen. Zum Antrage 38 stellte der Abg. Dursthoff folgenden Verbesserungsantrag:

Verbesserungsantrag zu meinem ersten Antrag zu § 62:

In Abs. A Klasse 1 und in Zeile 11 die Worte „in allen drei“ zu ersetzen durch die Worte „in beiden“.

Derselbe wurde mitberaten und angenommen. Der Antrag 38 wurde angenommen. Zum Antrage 39 stellt der Regierungskommissar folgenden Verbesserungsantrag:

Zum § 62 stelle ich folgende Verbesserungsanträge:

1. hinter A, Klasse 1 am Schlusse nachzufügen:
„Holzarchitekturen von mäßigem Umfange, Veranden und dergleichen Anlagen sind für die Bestimmung der Umfassungsmauern nicht ausschlaggebend.“
2. dem in erster Lesung beschlossenen Nachsatz zum Abschnitt A folgende Fassung zu geben:
„Als Nachbargebäude sind Gebäude auf dem benachbarten Grundstücke zu verstehen.
Die auf demselben Grundstücke befindlichen freistehenden massiven Wohngebäude werden getrennt von den Nebengebäuden zu den Zuschlägen herangezogen. Als Nachbargebäude gelten alsdann die nebenstehenden Gebäude.“

Das gleiche gilt in den übrigen Klassen für

Protokolle. XXXI. Landtag, 2. Versammlung.

diejenigen Gebäude, die mehr als 50 m von einander entfernt liegen.

Wenn in Klasse 1 ein Wohngebäude mit einem Nebengebäude durch einen massiven Verbindungsbau verbunden ist, so sind beide Gebäude nicht als ein Gebäude anzusehen."

Zu dessen Gunsten zog der Abg. v. Friden seinen Antrag zurück. Zum Antrage des Regierungskommissars stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) folgenden Verbesserungsantrag:

Verbesserungsantrag zum Antrag des Regierungsbvollmächtigten:

1. Ziffer 2 anstatt
„massiven Wohngebäude“
zu setzen
„massiven Gebäude“

ferner

2. anstatt
„für diejenigen Gebäude, die mehr als 50 Meter usw.“
zu setzen
„für diejenigen Gebäude, die mehr als 30 Meter usw.“

Derselbe wurde abgelehnt. Der Antrag des Regierungskommissars wurde angenommen. Der Antrag 40 wurde in namentlicher Abstimmung angenommen.

Mit ja stimmten die Herren Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Dursthoff, Driver I, Driver II, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Friden, Funch, Gerdes, Haben, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Plate, Schröder, Schute, Sommer, Tappenbeck, Thorade, Wessels, Westendorf; mit nein stimmten die Herren Abgg. Grube, Heitmann, Hug, Meyer, Müller (Brake), Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Voß, Wilken.

Antrag 41 wurde angenommen. Antrag 42 abgelehnt. Antrag 43 angenommen, damit ist Antrag 44 erledigt. Die Anträge 45 und 46 wurden angenommen, Antrag 47 erledigt. Zum Antrag 48 stellte der Abg. Müller (Nuzhorn) folgende Verbesserungsanträge:

Der vom Regierungsbevollmächtigten beantragte Wortlaut des § 69 erhält folgende Abänderung:

1. in der vierten Zeile anstatt:
„von 3⁰/₀₀ der Gesamtversicherung“
zu setzen:
„von 1200 000 M“,
2. in Ziffer 4 anstatt:
„die Mindesthöhe“
zu setzen:
„der Betrag von 800 000 M“,
3. diesem letzteren Absatz nachzufügen:
„Ist der Betrag von 1200 000 M erreicht, so werden die Einnahmen nach Ziffer 2 und 5 zu Gunsten der Versicherten verwandt.“

Dieselben wurden mitberaten und abgelehnt. Der Antrag 48 wurde angenommen. Antrag 49 wurde mit Zustimmung des Landtags zurückgezogen. Die Anträge 50 und 51 wurden angenommen. Anlage 52 wurde in namentlicher Abstimmung mit 29 gegen 11 Stimmen angenommen.

Mit ja stimmten die Herren Abgg. Ahlhorn (Hartwarderwarp), Diers, Dursthoff, Driver I, Driver II, Enneking, Feigel, Feldhus, Franke, Frye, v. Friden, Funch, Grube, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, Lanje, v. Levezow, Mohr, Müller (Nuzhorn), Müller (Brake), Plate, Roth, Schmidt, Schröder, Schute, Sommer, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Thorade, Voß, Wessels, Westendorf, Wilken; mit nein stimmten die Herren Abgg. Gerdes, Haben, Heitmann, Hug, Meyer, Schulz. Antrag 53 wurde angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Driver II, betreffend Aenderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betreffend einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener. Erste Lesung.

Der Antrag auf Annahme des Gesetzesentwurfs wurde im Plenum beraten und angenommen, Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute nachm. 4 Uhr zu stellen.

3. Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über das Dienst-einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. Erste Lesung. (Vorlage 58.)

Der Antrag auf Annahme wurde im Plenum gestellt und angenommen, Anträge zur zweiten Lesung sind bis heute nachm. 4 Uhr zu stellen.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Hermann Faber zu Oberstein.

Berichterstatter Abg. Frhr. v. Hammerstein.

Der Antrag 1 wurde angenommen, Antrag 2 erledigt.

5. Bericht des Finanzausschusses über den selbständigen Antrag des Abg. v. Hammerstein, betreffend Aenderung des Stempelsteuergesetzes für das Fürstentum Birkenfeld.

Berichterstatter Abg. Frhr. v. Hammerstein.

Der Antrag wurde angenommen.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Petition der Zeitungsverleger des Herzogtums Oldenburg in Sachen der Bezahlung der amtlichen Anzeigen an die Zeitungsverleger des Herzogtums.

Berichterstatter Abg. Feldhus.

Der Antrag wurde angenommen.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Ingenieurs August Hanß, Berlin.

Berichterstatter Abg. Gerdes.

Der Antrag wurde angenommen.

8. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend die Fährverbindung von Nordham und Blegen nach den rechtsseitigen Unterweserorten und von Kleinensiel nach Dedesdorf. (Anlage 47.)

Berichterstatter Abg. Meyer.

Die Anträge wurden angenommen.

9. Bericht des Eisenbahnausschusses über eine zur Herbeiführung einer Bahnverbindung von Damme nach Bohmte von der Landesklasse zu gewährenden Beihilfe oder eine Beteiligung seitens des Staates an dem dafür zu gründenden Unternehmen. (Anlage 49.)

Berichterstatter Abg. Schute.

Der Antrag wurde angenommen.

10. Bericht des Eisenbahnausschusses über Petitionen, betreffend Bahnbauten im Fürstentum Lüneburg.

Berichterstatter Abg. Wessels.

Der Antrag wurde angenommen.

11. Bericht des Eisenbahnausschusses über das Gesuch der Ortschaft Niendorf um Bewilligung eines Beitrages zum

Bau einer Eisenbahn von Travemünde nach Niendorf a. d. Ostsee.

Berichterstatter Abg. Wessels.

Der Antrag wurde angenommen.

12. Bericht des Eisenbahnausschusses über die Petition der Arbeiter der Bahnmeisterei 26 um Lohnerhöhung.

Berichterstatter Abg. Müller (Brake).

Der Antrag wurde angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf morgen früh 10 Uhr anberaumt. Die Tagesordnung gab der Präsident bekannt.

(Schluß 2 Uhr.)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der 18. Sitzung des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 4. März 1910.

Schröder.

v. Fricke.

Protokoll

über

die Verhandlungen

der

2. Versammlung des XXXI. Landtags des Großherzogt. Oldenburg.

Achtzehnte Sitzung.

Oldenburg, den 4. März 1910, vormittags 10 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Der Präsident eröffnete die Sitzung. Das Protokoll über die 17. Sitzung wurde vom Schriftführer v. Fricke verlesen. Dasselbe wurde genehmigt. Darauf wurde in die Tagesordnung getreten.

1. Vorlage der Staatsregierung, betreffend den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg über das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen. Zweite Lesung. (Vorlage 58.)

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

2. Selbständiger Antrag des Abg. Driver, betr. Aenderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1909, betr. einen Gehaltszuschlag für die Zivilstaatsdiener. Zweite Lesung.

Der Ausschußantrag wurde angenommen.

3. Bericht des Verwaltungsausschusses zur zweiten Lesung über den Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum Oldenburg, betreffend die Vereinigung der Stadtgemeinde Heppens und der Landgemeinden Bant und Neuende zu einer Stadt Rühringen. (Anlage 24.)

Der Antrag 4 des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 21 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die Abgg. Ahlhorn (Hartwardewurp), Driver I, Driver II, Feigel, Francke, Freye, v. Fricke, Funch, Habben, Frhr. v. Hammerstein, Hergens, Hollmann, v. Levekov, Mohr, Müller

(Ruhhorn), Plate, Schröder, Schute, Sommer, Thorade, Westendorf; für den Antrag die Abgg. Diers, Dörr, Dursthoff, Enneking, Feldhus, Gerdes, Grube, Heitmann, Hug, Lanje, Meyer, Müller (Brake), Roth, Schmidt, Schulz, Steenbock, Tanzen, Tappenbeck, Wessels, Wilken.

Der Antrag 2 wurde abgelehnt. Sodann beschloß der Landtag, alle Petitionen für erledigt zu erklären.

4. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Stadtgemeinde Idar, sowie der Gemeinden Kirchweiler, Bollmersbach, Gerach, Algenrodt, Mackenrodt, Tiefenstein, Hettnerodt und Regulshausen, betreffend Errichtung eines Amtsgerichts in Idar bezw. die Verlegung einer Amtsgerichtsabteilung nach Idar.

Der Landtag beschloß, die Petition von der Beratung auszuschließen gemäß § 77 der Geschäftsordnung.

5. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Seminarlehrers Bille um Anrechnung früherer Dienstjahre auf sein Gehalt.

Der Antrag 2 des Ausschusses wurde abgelehnt, der Antrag 1 wurde angenommen.

6. Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Vereins der Saalinhaber Rühringens um Zulassung von Ausnahmen bezw. Aenderung des § 11 Absatz 3 betr.

das Gesetz vom 16. März 1908 über die Sonn- und Feiertage.

Der Antrag des Ausschusses wurde mit 24 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

7. Bericht des Eisenbahnausschusses über den Antrag des Abg. Thorade, betr. den Erlaß eines Gesetzes über die Haftung für Sachschäden beim Eisenbahnbetriebe.

Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

8. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Vorlage der Staatsregierung, betr. Erweiterung der Anlagevorrichtung vor den Gründen der Elsflether Heringsfischerei-Gesellschaft. (Anlage 57.)

Der Ausschufsantrag:

Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß 23 000 *M* aus dem Wasserbaufonds für eine

Erweiterung der Anlagevorrichtung vor den Gründen der Elsflether Heringsfischerei-Gesellschaft vorbehaltlich demnächstiger Erstattung aus der Landeskasse verwandt werden,

wurde angenommen.

9. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betr. Einstellung von zwei Gendarmen. (Anlage 59.) Der Ausschufsantrag wurde angenommen.

10. Berichte über die zu den Besoldungsgesetzen (Anlagen 12, 13, 23, 32 und 34) eingegangenen Petitionen. Die Ausschufsanträge wurden angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Namens Sr. Königlichen Hoheit schloß der Minister Excellenz Scheer den Landtag. Der Präsident brachte darauf ein dreifaches Hoch aus auf den Großherzog, in das die Versammlung lebhaft einstimmte.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben in der Sitzung des Gesamtvorstandes des XXXI. Landtags, 2. Versammlung, am 4. März 1910.

Schröder.

Tanzen.

Dörr.

v. Fricke.

Hergens.